:antifaschistische nachrichten Nr. 5

g 3336 3.3.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Bürgerschutz Pro NRW“

WITTEN. Die selbsternannte „Bürgerbewegung Pro NRW“ kündigt die Gründung eines „Bürgerschutz Pro NRW“ in Witten an. Die „steigende Bedrohung der einheimischen Bevölkerung“ mache diese Gründung erforderlich, so „Pro NRW“.

Der „Bürgerschutz Pro NRW“ wolle „nicht nur beratend und präventiv sowie in Form von Nachbarschaftshilfe“ handeln, sondern „anlassbezogen auch durch Patrouillengänge und konkrete Hilfe seinen Beitrag zur Sicherheit der einheimischen Bürger leisten“, heißt es auf der Internetseite von „Pro NRW“. Die Leitung des „Bürgerschutz Pro NRW“ in Witten werde Daniel Knapp übernehmen, der angeblich bereits eine Wittener „Bürgerwehr“ mit aufgebaut haben soll und „seine Erfahrungen in diesem Bereich nun in die „Bürgerbewegung Pro NRW mitbringt“. Eine Ausweitung der „Bürgerschutz-Aktivitäten“ auf weitere Städte und Regionen sei geplant, heißt es bei „Pro NRW“.

hma ■

„Compact“ in Magdeburg

MAGDEBURG. Die Zeitschrift „Compact“ um Jürgen Elsässer greift unterstützend in den Wahlkampf der AfD in Sachsen-Anhalt ein. Am 10. März, drei Tage vor der Landtagswahl, will „Compact-Live“ eine Veranstaltung in Magdeburg durchführen. Unter dem Motto: „Die AfD vor dem Durchbruch! Merkel muss weg – Frauke Petry ist die bessere Kanzlerin!“ sollen auf der Veranstaltung neben Jürgen Elsässer der AfD-Spitzenkandidat André Poggenburg und Algis Klimaitis, ehemaliger Berater des litauischen Präsidenten, auftreten. An einer „COMPACT-Live“- Veranstaltung unlängst in Altenburg sollen – nach Eigenangaben – 550 Besucher teilgenommen haben. Weitere Auftritte von „COMPACT“-Rednern werden für den 18.3. und 19.3. auf der Buchmesse in Leipzig und dem 21.3. in München angekündigt.

hma ■

Aus dem Inhalt:

AfD und Sozialpolitik 5

Vor Teilräumung des Migrantencamps am Ärmelkanal? 11

Clausnitz und Bautzen: Eure Empörung allein reicht nicht aus!

Was tut der Staat eigentlich gegen die immer bedrohlichere rechte Hetze und Gewalt? Wie reagiert die Bundespolitik auf die massiven rassistischen Vorfälle? Das Beispiel Clausnitz zeigt nicht nur den rassistischen Wahnsinn einiger weniger. Und nicht nur das Versagen der sächsischen Behörden. Es zeigt ein generelles Staatsversagen beim Schutz von Flüchtlingen vor rassistischer Gewalt und Hetze.

Die Rückendeckung kam von ganz oben: „Die Polizei hat richtig gehandelt“, erklärte Thomas DeMaizière angesichts eines Einsatzes der sächsischen Polizei, der am Wochenende bundesweit für Entsetzen gesorgt hatte. Er könne die Kritik nicht nachvollziehen, so der Bundesinnenminister.

Zwei Videos aus dem sächsischen Clausnitz zeigen, wie eine rund hundertköpfige Menschenmenge unter lauten „Wir sind das Volk“-Rufen einen Bus mit ersichtlich verängstigten Asylsuchenden blockiert, die zu einer Flüchtlingsunterkunft gebracht werden sollen. Als der Bus nach stundenlanger Blockade endlich zur Unterkunft gelangt, bilden Polizisten lediglich ein schmales Spalier vom Bus zur Eingangstür – und zerren verängstigte Asylsuchende gewaltsam ins Haus, darunter einen vor Angst weinenden Jungen. Die Menge johlt vor Freude.

Ermittlungen gegen die Opfer

Warum hat die Polizei die unangemeldete Versammlung nicht aufgelöst? Warum ging sie nicht entschieden gegen jene vor, die die Zufahrt blockierten und den Bus umstellten? Warum schirmte sie die Flüchtlingsunterkunft nicht gegen die aggressive Menschenmenge ab? Was tat sie, um die über Stunden im Bus festgesetzten Menschen aus der beängstigenden Situation zu befreien?

Auf der diesbezüglichen Pressekonferenz nimmt der Polizeipräsident Uwe Reißmann seine Beamten pauschal in Schutz. „An diesem Einsatz gibt es nichts zu rütteln.“ Die Schuld schiebt er auf die Flüchtlinge: sie hätten mit aggressiven Handzeichen die Menge provoziert. „Was wir sicherlich ausweiten werden, sind Ermittlungen gegen den ein oder anderen Insassen des Busses“, so Reißmann. Wegen einer aggressiven Geste, einem Stinkefinger.

Währenddessen kommt ans Licht, dass der Leiter der Flüchtlingsunterkunft das AfD-Mitglied Thomas Hetze ist, der sich

→

Echte und wahre Rechte

Die „Identitäre Bewegung“ (IB) bewirbt auf ihrer Internetseite ein im „Arktos“-Verlag in Großbritannien neu erschienenes Buch von Daniel Friberg. „Die Rückkehr der echten Rechten. Handbuch für die wahre Opposition“ heißt das Buch von Friberg, der den „Arktos“-Verlag und die neurechte Denkfabrik „Motpol“ in Schweden mitbegründet hat. Das Buch sei ein „Ratgeber für junge Europäer, die Aktivismus betreiben wollen“, loben es die „Identitären“. In sieben Kapiteln führe Friberg „in die Weltanschauung der Neuen Rechten“ ein. „Die echte/wahre Rechte“ ist dabei nach Friberg synonym mit der „Neuen Rechten“. Fribergs Buch sei ein „gut gelungener Einstieg in die Neue Rechte – quasi die Art von Buch, auf das man im neurechten Lager nach dem nunmehr 15 Jahre alten „Wofür wir kämpfen“ von Guillaume Faye schon sehnsüchtig gewartet hat“, so Alexander Markovics von der Landesgruppe Wien der „Identitären Bewegung Österreichs“.

hma ■

Fortsetzung von Seite 1

schon früher auf Kundgebungen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen hat. Und dass sein Bruder einer der Mitorganisatoren der Demonstration gegen die Flüchtlinge war. Der Heimleiter wird versetzt. „Zum Schutze seiner Person“, nicht weil an ihm etwas zu beanstanden sei, verkündet der verantwortliche Landrat.

Und schließlich brennt am gleichen Wochenende eine geplante Asylunterkunft im sächsischen Bautzen ab. Unter Applaus von Schaulustigen, die die Löscharbeiten behindern.

Sächsische Verhältnisse

Was sich in Sachsen abspielt, ist schon länger unerträglich. „Viel zu lang konnten sich Rassist*innen unbehelligt in Sachsen formieren und strukturieren, während anti-rassistische Proteste kriminalisiert und unter Generalverdacht gestellt wurden, womit es kaum möglich geworden ist, dass sich eine starke und engagierte Zivilgesellschaft bilden konnte“, kommentiert der Sächsische Flüchtlingsrat die Vorfälle vom Wochenende. Schon lange verdichtet sich der Eindruck, dass die sächsischen Behörden bei rassistischen Vorfällen Toleranz walten lassen, aber Unterstützer von Flüchtlingen und Gegner von Pegida mit gewalttätigen Polizeieinsätzen und Strafanzeigen überziehen.

Dass es in Sachsen nicht nur die Polizei sträflich unterlässt, sich rassistischer Hetze und Gewalt entgegenzustellen, verdeutlichte jüngst die Debatte über rechte Gewalt, die letzte Woche im Bundestag stattfand. Dort trat der sächsische CDU-Politiker Marian Wendt ans Rednerpult und nannte es „engstirnig und ideologisch verbrämt“, im Zusammenhang mit politischer Gewalt und Hass den Blick nur nach rechts zu richten, wie der Tagesspiegel berichtet. Es gebe in Deutschland auch viele linksextremistische Gewalttaten. Dann warb er für den Dialog mit Pegida: Man dürfe Menschen nicht pauschal für ihre Gedanken verurteilen. „Wir müssen mit ihnen sprechen. (…) Die Menschen haben Fragen, und diese Fragen müssen wir beantworten. Die Frage ist doch: Warum gehen die Menschen zu Pegida und nicht zur CDU?“ Die letzte Frage ist angesichts der weit nach Rechts gedrifteten CDU-Sachsen wahrlich schwer zu beantworten.

Das Sachsen-Problem ist nicht nur ein sächsisches Problem

Sachsen mag zwar ein Sonderfall sein – 2012 bemerkte der grüne Landtagsabgeordnete Miro Jennerjahn im Gespräch mit dem Blog *Publikative* es sei angemessen, von einer „Sächsischen Demokratie“ zu sprechen –, aber kann der Rest der Republik dem massiven Rassismus-Problem in Sachsen darum unbeteiligt zusehen? Müsste nicht längst die CDU-Bundespartei gegenüber der sächsischen Landespartei zumindest auf Distanz gehen? Stattdessen stellt Bundesinnenminister Thomas DeMaiziére der sächsischen Polizei einen Persilschein aus.

Auch die SPD steht in Sachsen in politischer Verantwortung. Auch die Bundes-SPD muss sich die Frage stellen, wie lange sie noch bereit ist, in Koalition mit der CDU die politische Verantwortung für den in Sachsen üblichen toleranten Umgang mit Rassismus zu tragen. Georg Restle von Monitor stellt treffend fest, die „üblichen offiziellen Empörungsrituale“ griffen zu kurz: „Wer verhindern will, dass weiter Flüchtlingsheime brennen und Flüchtlinge angegriffen werden, muss wirklich entschieden durchgreifen. Und das heißt auch: unfähige Polizeipräsidenten entlassen und Politiker abstrafen, die sich mit dem Ungeist fremdenfeindlicher Parolen immer wieder gemein machen. Nicht nur in Sachsen!“

Flüchtlinge notfalls aus Gefahrengebieten evakuieren

An vielen Orten in Deutschland sind faktische Gefahrengebiete für Flüchtlinge entstanden – viele davon liegen in Sachsen. Die nach Clausnitz verbrachten Flüchtlinge erzählen in einem Interview mit SPIEGEL TV von ihren Ängsten und dass sie sich nicht auf die Straße trauen könnten. Und nicht nur in Clausnitz sind Flüchtlinge tatsächlich in Gefahr, Opfer gewalttätiger Angriffe zu werden. Die hohe Zahl an rassistischen Anschlägen Gewalttaten und die niedrigen Aufklärungsquoten zeigen, dass die Polizeibehörden vielerorts nicht in der Lage oder sogar nicht willens sind, Flüchtlinge effektiv zu beschützen. Schon in Heidenau herrschte im letzten Jahr „Volksfeststimmung“ der pöbelnde und Böller werfende Mob konnte sich vor Strafverfolgung sicher fühlen.

Die Argumentation, der Bus, der die Asylsuchenden nach Clausnitz bringen sollte, hätte nicht umdrehen können, weil dies den rassistischen Mob hätte triumphieren lassen, ist zynisch. Der Konflikt um die Unterbringung von Flüchtlingen darf nicht auf dem Rücken der Betroffenen ausgefochten werden. Es kann nicht sein, dass Menschen in Todesangst versetzt oder gar in Lebensgefahr gebracht werden, um ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

Vielmehr steht die Politik in der Verantwortung, antirassistische Initiativen und ehrenamtliche Helfer*innen strukturell, finanziell und politisch zu stärken. Auch in Sachsen gibt es viele Menschen, die sich aktiv gegen Rassismus einsetzen und jede freie Minute für die humane Aufnahme von Flüchtlingen aufbringen. Ohne sie würde schon lange nichts mehr laufen. Doch die sächsische Regierung stärkt diese Gruppierungen und Menschen nicht, sondern gräbt ihnen den Boden ab. Und solange die Politik der sächsischen Landesregierung nicht auf Bundesebene kritisiert wird, liegt die politische Verantwortung für die sächsischen Verhältnisse nicht nur in Sachsen.

Gemeinsam gegen Rassismus

Schon im Juli vergangenen Jahres hat PRO ASYL umfangreiche Schutzmaßnahmen gegen den Rechten Terror gefordert. Die Polizei muss realistische Gefährdungsanalysen aufbereiten und den Schutz von Flüchtlingen sicherstellen. Betreiberfirmen von Flüchtlingsunterkünften und ihre Beschäftigten müssen überprüft werden, damit sichergestellt werden kann, dass sie Flüchtlinge zuverlässig vor rassistischen Angriffen schützen. StraftäterInnen müssen konsequent verfolgt werden. Doch lediglich nach mehr staatlicher Repression zu rufen, wird nicht helfen, wenn in den Reihen der Polizei selbst rassistische Einstellungen vorhanden sind. Der institutionelle Rassismus in den Behörden muss auf die politische Agenda. Es braucht endlich von der Polizei unabhängige Ermittlungen, wenn der Polizei Fehlverhalten vorgeworfen wird.

Und nicht zuletzt braucht es klare Signale der Solidarität mit Flüchtlingen, Migrant*innen und anderen Menschen, die von rechter Gewalt bedroht sind. PRO ASYL hat gemeinsam mit vielen anderen Organisationen einen Aufruf gestartet. Unter dem Motto „Hand in Hand gegen Rassismus“ werden am 19. März und 19. Juni 2016 bundesweite Aktionen stattfinden. Beteiligen Sie sich.

Pro Asyl, 22.5.2016 ■

Zahl der Neonazi-Konzerte steigt

Die Zahl von Neonazi-Konzerten steigt dem Bundesinnenministerium zufolge drastisch an. Im vergangenen Jahr verzeichneten sie einen Zuwachs von 25 Prozent, nationalistische Liederabende sogar ein neues Hoch.

Die Neonazi-Szene nutzt nach Erkenntnissen der deutschen Sicherheitsbehörden verstärkt Musikveranstaltungen für rechtsextreme Propaganda. Die Zahl sogenannter Rechtsrock-Konzerte sei im vergangenen Jahr um 25 Prozent auf bundesweit 69 gestiegen. Das teilt das Bundesinnenministerium auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion mit. Hochburgen seien Sachsen und Thüringen. 2014 wurden bundesweit 55 Rechtsrock-Konzerte erfasst. Bis dahin sei seit dem Höchstwert von 193 Neonazi-Konzerten im Jahr 2005 deren Zahl fast kontinuierlich gesunken.

Auch nationalistische Liederabende verzeichnen den Angaben zufolge in der Neonazi-Szene wachsenden Zulauf. So hätten die Behörden in den vergangenen beiden Jahren jeweils mehr als 60 solcher Veranstaltungen registriert. Das seien die höchsten bislang dokumentierten Zahlen. Demnach wurden 2014 bundesweit 67 und 2015 insgesamt 64 rechtsextreme Liederabende erfasst, bei denen Sänger und Liedermacher häufig mit Gitarrenbegleitung auftreten und völkische und nationalsozialistische Lieder vortragen.

Die meisten Rechtsrock-Konzerte hätten in den vergangenen zwei Jahren in Sachsen und Thüringen stattgefunden, die meisten Liederabende in Baden-Württemberg und Thüringen. Schwerpunkte seien die Orte Torgau-Staupitz in Sachsen und Kirchheim in Thüringen gewesen.

Quelle: http://www.migazin.de
19.02.2016 ■

Nazis den Ton abdrehen!

„Neonazi-Konzerte haben erstmals seit vielen Jahren wieder deutlichen Zulauf", stellt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, mit Blick auf die Antworten der Bundesregierung zu Kleinen Anfragen nach den Zahlen zu Konzerten und Liederabenden der rechtsextremen Szene fest. Jelpke weiter:

„Nachdem die Zahl von Konzerten und Teilnehmern jahrelang rückläufig war, hat sie im vorigen Jahr wieder zugelegt: 69 Konzerte mit 12300 Teilnehmern wurden verzeichnet. Im Jahr 2014 waren es noch 56 Konzerte mit 9500 Teilnehmern. Das ist eine Zunahme von 25 Prozent.

Sogenannte Liederabende, bei denen Nazibarden ihr volksverhetzendes Liedgut zum Besten auftreten, sind bereits seit längerem wieder populär geworden. In den letzten beiden Jahren wurden jeweils über 60 solcher Auftritte verzeichnet, dagegen waren es 2013 noch 42.

Dass Nazis wieder häufiger auf die Bühnen steigen, um ihre Hassgesänge in die Welt zu grölen, verwundert vor dem Hintergrund der Flüchtlingsdebatte nicht. Rassistische Gida-Aufmärsche und steigende Umfragewerte für rechtspopulistische Parteien ermuntern die Neonazis, sich wieder verstärkt zusammenzurotten. Es wird Zeit, dem braunen Pack den Strom abzustellen."

Die Zahlen beruhen auf einer Auswertung von Anfragen, die DIE LINKE jedes Quartal steht. Hier die einzelnen Antworten:
http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/074/1807447.pdf
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/065/1806554.pdf
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/056/1805687.pdf
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/048/1804847.pdf

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de
19.02.2016 ■

Wohlleben bleibt (natürlich) in Haft. Termine bis Januar 2017

Heute sollten ZeugInnen zu zwei Überfällen des NSU auf Postfilialen in Chemnitz im Oktober 1999 gehört worden.

Zunächst jedoch wurde die Hauptverhandlung auf Antrag der Verteidigung Wohlleben unterbrochen. Gestern hatte das Gericht beschlossen, dass Wohlleben weiter in Haft bleibt: es sieht – auch nach seiner Aussage – weiter einen dringenden Tatverdacht, da seine Beteuerungen, er habe nicht gewusst, was Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe mit der von ihm und Schultze besorgten Waffe machen würden, nicht glaubhaft sind. Eine sorgfältig begründete Entscheidung, die natürlich auch aussagt, dass Wohlleben mit einer Verurteilung zu rechnen hat – was Grund für die Verteidigung ist, erneut alle Richter wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen.

Die Ablehnung gründet sich vor allem darauf, dass das Gericht in seinem Beschluss erwähnt, dass Wohlleben erst nach langer Dauer der Hauptverhandlung ausgesagt hat – die Verteidigung versteht das so, dass das Gericht aus seinem anfänglichen Schweigen einen nachteiligen Schluss ziehen will, was ein Verstoß gegen das Schweigerecht des Angeklagten wäre. Dass das Gericht solche Schlüsse zieht, ergibt sich aber aus dem Beschluss weder ausdrücklich noch implizit, sondern schildert schlicht die Verfahrenstatsachen rund um Wohllebens Aussage. Auch dieses Befangenheitsgesuch wird also abgelehnt werden.

Das Gericht stellte die Entscheidung über die Ablehnung zurück und vernahm nach der Mittagspause die ZeugInnen. Diese berichtete von den beiden Überfällen – dem zweiten und dritten der bekannten Taten – und schilderten ein ganz ähnliches Vorgehen wie bei den späteren Taten. Einziger Unterschied war, dass die beiden nach den Taten auf Motorrädern/Mofas flohen, die wohl gestohlen waren.

Das Gericht verteilte zudem eine Liste mit weiteren möglichen Verhandlungsterminen bis Januar 2017. Das war auch zu erwarten, denn mit einem Urteil bis August 2016 war nach dem Eindruck der letzten Wochen nicht zu rechnen. Denn anders als mitunter in der Presse berichtet, entsteht im Gerichtssaal nicht der Eindruck, dass das Gericht es eilig hat, das Verfahren zu Ende zu bringen: die zahlreichen Beschlüsse, mit denen Beweisanträge der Nebenklage abgelehnt werden, zeigen zwar, dass es nicht an weiterer Aufklärung der Umstände interessiert ist. Aber ansonsten tritt das Gericht weiter auf der Stelle, verhandelt meistens nur bis gegen Mittag, und das schon seit dem Spätsommer 2015. Zunächst hatte es den Anschein, das Gericht habe so nur die Zeit bis zu den Aussagen der Angeklagten überbrücken wollen – aber die sind ja nun abgehandelt (jedenfalls weitgehend – nur wenige Angaben von Zschäpe werden noch erwartet). Worauf das Gericht derzeit wartet, ist unklar.

25.02.2016
http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2016/02/25/25-02-2016/ ■

Institutioneller Rassismus, (k)ein Thema für den PUA?

Ein Kommentar von NSU Watch NRW

Samstag, 16. Januar 2016: Drei Tage nach den bewegenden und erschütternden Aussagen von Elif und Gamze Kubasik, Witwe und Tochter des achten NSU-Mordopfers Mehmet Kubasik, vor dem Parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschuss (PUA) in NRW, stellt sich dessen Vorsitzender Sven Wolf (SPD) im Kölner Schauspielhaus den Fragen des interessierten Publikums. Die Gesprächsrunde am frühen Samstagabend geht der Aufführung des Theaterstückes „Die Lücke" voraus, das sich kritisch mit den Ermittlungen zum Nagelbombenattentat auf der Kölner Keupstraße auseinandersetzt und zugleich auf die rassistischen Zustände in Behörden, Polizei, Politik, Medien – aber auch in unserem Alltag und unserer täglichen Begegnung miteinander aufmerksam macht.

Moderiert wird die Diskussion von Thomas Laue, dem Dramaturgen des Schauspielhauses Köln. Zum Einstieg beschreibt der PUA-Vorsitzende die Ziele des Ausschusses und beteuert den Willen des PUA zur Aufklärung. Als eines der wichtigsten Probleme, die anzugehen seien, sieht Sven Wolf die nicht funktionierende Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz, Staatsschutz und Polizei auf Bundes- wie auf Landesebene. Schon bevor Thomas Laue die Diskussion mit dem Publikum eröffnet, prasseln Dutzende von Fragen, vor allem zu den Themen Verfassungsschutz und institutioneller Rassismus, auf den Sozialdemokraten ein. Ein Vabanquespiel für Sven Wolf, denn viele Fragen drehen sich naturgemäß um eine Bewertung des bisherigen Verlaufes der Arbeit des Ausschusses. Doch dieser steckt zurzeit noch mitten in der Beweisaufnahme. Erst zur parlamentarischen Sommerpause wird der Ausschuss mit seinem Abschlussbericht beginnen. Wolf kann und darf Einschätzungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt also nicht vorwegnehmen. So umschreibt der Vorsitzende meist nur, weicht aus und macht Andeutungen.

Eine unbefriedigende Situation für die interessierten und gut informierten Zuhörer_Innen. Hauptsächlich drehen sich die Fragen darum, wie der PUA mit dem institutionellen Rassismus, einem der zentralen Punkte, der vor allem Opfer und Opferangehörige betrifft, umgeht. Konkret wollen sie wissen, ob und inwieweit institutioneller Rassismus bei den Ermittlungen und der politischen Zuordnung der Taten eine Rolle gespielt hat und wie die Mitglieder des PUA das beurteilen. Doch mit dem Begriff des institutionellen Rassismus kann oder will Sven Wolf offensichtlich nicht wirklich etwas anfangen. Angesprochen auf die Thematik, erwidert er immer wieder, man könne das „nicht pauschal sagen" und „als Tatsache nicht stehen lassen". Als Begründung führt er u.a. an, dass er selbst im Austausch mit vereinzelten Vertreter_innen von Institutionen wie Polizei und anderen Ermittlungsbehörden stehe und diese Personen dem vorgeworfenen Bild nicht entsprächen, also keine Rechtsradikalen seien. Daher gäbe es, seines Erachtens, kein Problem mit institutionellem Rassismus. Was bei seinen Aussagen deutlich wird, ist vor allem, dass der Vorsitzende mit dem Begriff des institutionellen Rassismus einzelne Neonazis oder Rassist_innen verbindet, die innerhalb der Behörden sitzen. Den Einwurf aus dem Publikum, dass er anscheinend nicht begreife, was institutioneller Rassismus bedeute, versucht Sven Wolf an sich abprallen zu lassen, indem er erklärt „das könne sein, er sei ja nur Jurist". Eine Antwort, die einige Zuhörer dazu veranlasst, demonstrativ den Saal zu verlassen.

Vor weiteren kritischen Fragen und Anmerkungen aus dem Publikum wird Sven Wolf durch den Einlassbeginn zum Theaterstück „Die Lücke", das sich u.a. um diese Thematik dreht und im selben Saal aufgeführt wird, gerettet. Unseres Erachtens nach ist das Verleugnen von institutionellem Rassismus durch den PUA-Vorsitzenden zynisch gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen. Zudem ignoriert er damit auch die Erkenntnisse und Empfehlungen, die sowohl im Abschlussbericht des ersten NSU- Untersuchungsausschusses des Bundes 2013 als auch im ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss erkannt und benannt wurden – obwohl auch diese Abschlussberichte den Begriff des institutionellen Rassismus nicht gebrauchten.

Sollten alle Obleute des PUA diese Einstellung ihres Vorsitzenden teilen, drängt sich eine wesentliche Frage auf: ob der PUA den Auftrag, den er sich gestellt hat, in aller Konsequenz die „Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens nordrhein-westfälischer Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich der zuständigen Ministerien und der Staatskanzlei und anderer Verantwortlicher betreffend" (Drs.16/7148), überhaupt erfüllen will? Sollte die Untersuchung von „Fehlverhalten" sich allein auf „Ermittlungsfehler und -versagen" reduzieren, ohne eine intensive Analyse der Ursachen und Hintergründe ist wirkliche Aufklärung und eine tatsächliche Veränderung innerhalb des Staatsapparates zum Scheitern verurteilt.

Denn bei dem Begriff des institutionellen Rassismus geht es um Vorurteile, die das Handeln soweit beeinflussen, dass Menschen, von Staatsbehörden diskriminierend und herabwürdigend behandelt, seelisch sowie körperlich verletzt oder ermordet werden. Bei institutionellem Rassismus, geht es nicht um den Rassismus einzelner Personen, sondern um eine systemimmanente Form von Rassismus. Er ist in allen Bereichen der Gesellschaftsstruktur vorhanden und muss daher sowohl erkannt, thematisiert als auch bearbeitet werden. Dies ist der erste Schritt in Richtung Überwindung von Ausgrenzung und Stigmatisierung bestimmter Gesellschaftsgruppen.

Rechtsterroristische Taten und Täter, wie die des NSU, sind nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Es gibt sie seit Jahrzehnten. Auch deshalb ist die Aufarbeitung und Analyse von institutionellem Rassismus ein wesentlicher Bestandteil, Aufklärung voranzutreiben. So zieht sich Institutioneller Rassismus wie ein roter Faden nachweislich durch alle Ermittlungsakten. Er wird von Betroffenen des Nagelbombenanschlages auf der Keupstraße und von den Hinterbliebenen der NSU-Mordopfer in ihren Schilderungen deutlich benannt. Ihre Beobachtungen oder Vermutungen auf fremdenfeindliche bzw. rechtsradikale Täter wurden nicht ernst genommen. Stattdessen wurden sie selbst über Jahre verdächtigt, beschuldigt und observiert.

Eindrücklich schildern sie, in welcher Form sie seitens der Behörden von Opfern zu Tätern gemacht wurden und unter welchen, zum Teil traumatischen Folgen sie aufgrund dessen noch immer leiden müssen. Gamze Kubasik, die Tochter des ermordeten Dortmunders Mehmet Kubasik, hat das mit eindrücklichen Worten unterstrichen: ihr sei „nicht nur der Vater genommen worden", sondern auch, aufgrund der jahrelangen Unterstellungen „ihr Stolz und ihr Leben". Die Verantwortlichen dafür hat sie in ihrer Befragung vor dem PUA klar benannt: die ermittelnde Polizei. Was die Betroffenen fordern hat Elif Kubasik, die Witwe von Mehmet Kubasik, vor dem Ausschuss ganz deutlich benannt: eine Aufklärung in allen Details.

Vor diesem Hintergrund ist es für uns ein absolut falsches Signal, den Anteil von institutionellem Rassismus am „Versagen" der Behörden zu negieren. Die

→

AfD und Sozialpolitik

Die AfD vermeidet es, sich öffentlich zu sozialpolitischen Themen zu äußern. Das hat einen guten Grund: Während es ihr mit ihrer brachialen Kritik an der deutschen Flüchtlingsaufnahme gelingt, aktuell zwischen 10 und 12 Prozent der WählerInnen für sich zu gewinnen, könnte ihnen das Ausformulieren ihrer neoliberalen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die Wahlergebnisse verhageln.

Denn obwohl die marktradikale Professorenriege um Lucke, Henkel und Starbatty die Partei längst verlassen hat, ist die antisoziale Ausrichtung nicht geändert worden. So wurde weder die Ablehnung des Mindestlohns zurückgenommen noch das Kirchhof'sche Steuermodell, das einheitliche Steuersätze von 15, 20 und 25 % und damit eine enorme Entlastung der Spitzenverdiener vorsieht.

Inzwischen sprach sich Alice Weidel (Leiterin der AfD-Programmkommission) ganz auf dieser Linie für eine Abschaffung der Erbschaftssteuer aus: „Eine Steuer, die gegen Null geht, stärkt die Familien, fördert den unternehmerischen Geist, stärkt den Mittelstand und macht nicht zuletzt den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver." (PM vom 15.2.16) Allerdings gibt es heute bereits zahlreiche Steuerbefreiungen für ErbInnen: so einen Steuerfreibetrag für Ehegatten von 500 000 Euro, für Kinder von 400 000 Euro gibt; eigengenutzter Wohnraum wird nicht versteuert, Betriebe sind ausgenommen, wenn sie mehrere Jahre von den Erben weiterbetrieben werden. Profitieren würden also lediglich die ErbInnen sehr hoher Vermögen.

In den Wahlprogrammen zu den anstehenden Landtagswahlen findet sich einzig in dem der sachsen-anhaltinischen AfD etwas zur Arbeitsmarktpolitik, wo angebliche Nachteile einer zu geringen Arbeitslosigkeit beschrieben werden: „Die Wirtschaftsverbände haben ein natürliches Interesse an einem großen Arbeitskräfteangebot. Jede Arbeitsmarktpolitik dagegen kann nur das Ziel verfolgen, die Arbeitslosenquote zu verringern, was aber die Auswahl für personalsuchende Unternehmen schmälert. Aufgabe einer vernünftigen Wirtschaftspolitik ist es, beide Interessen zu beachten."

Während also die AfD in Sachsen-Anhalt sich um den Personalauswahl-Pool der Unternehmen Sorgen macht, findet sich in den Programmen aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg nichts zu dieser Thematik!

Im „Wahlcheck" der Stuttgarter Zeitung macht die AfD deutlich, wo es mit ihr langginge:

Die Frage, ob der Mindestlohn zu niedrig sei und auf zehn Euro erhöht werden müsse, beantwortete sie mit einem klaren „nein", die Frage, ob der Mindestlohn abgeschafft werden solle, mit „eher ja".

Dort spricht sie sich auch aus gegen eine Nachbesserung der Mietpreisbremse und Druck des Landes auf Kommunen, stärker gegen Wohnungsleerstand durchzugreifen.

Die Antworten zum Wahl-O-Mat Baden-Württembergs bestätigen diese Ausrichtung:

Die AfD möchte keine Mietpreisbremse, ist gegen gleichen Lohn für Leiharbeiter vom ersten Tag an und will Hartz IV kürzen, wenn Jobs abgelehnt werden. Dagegen lehnt die AfD die Einführung einer Vermögenssteuer ab und möchte die Steuer auf Grundstückserwerb senken.

Auch die AfD Rheinland-Pfalz votiert im Wahl-O-Mat gegen eine Mietpreisbindung und tritt für Leistungskürzungen für Hartz IV-EmpfängerInnen, die ein Jobangebot ablehnen, ein.

F ■

Die AfD spricht

„… gipfelt das Ganze nun in eine Umvolkung durch den ungehinderten Grenzübertritt von Millionen Muslimen."
Petra Federau, AfD-Listenplatz 3 für die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, auf dem Landesparteitag in Demmin 20./21.2.16, in: Panorama 3 (NDR), 23.2.16.

„Ich halte Homosexualität für eine Sünde."
Heinrich Fiechtner, AfD-Kandidat in Göppingen für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Stadtverordneter in Stuttgart, Interview mit Spiegel TV, 21.2.16.

„Merkel handelt im Auftrag. Möglicherweise ist sie vielleicht sogar ein Stasi-Schläfer, der den Auftrag erfüllt, die CDU zu zerlegen."
Uwe Wurlitzer, Generalsekretär der AfD Sachsen, Facebook-Seite der AfD Sachsen, 25.2.16.

(Anm.: Wir werden hier in lockerer Folge besonders demaskierende Äußerungen von AfD-PolitikerInnen aus der „zweiten Reihe" veröffentlichen. Sie nehmen häufig weniger Rücksicht auf die öffentliche Wirkung problematischer Aussagen als die Parteivorsitzenden. Bei Parolen in NS-Diktion, homophoben Ausfällen oder Verschwörungsunsinn, wie in den drei obigen Zitaten, wird die AfD erkennbar als das, was sie inzwischen ist: ein rechtsradikales Sammelbecken.

F ■

Betroffenen der Anschläge und Morde haben all ihren Mut und ihre Kraft aufgebracht vor dem PUA auszusagen, trotz ihrer Erfahrungen mit dem Staat und seinen Institutionen. Umso wichtiger, dass die Abgeordneten und Regierungsvertreter_innen die Zielsetzung des PUA ernst nehmen. Aufklärung können derzeit nur noch die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse aller beteiligten Länder leisten. Die Hoffnung auf Wahrheitsfindung im Rahmen des Münchener NSU-Prozesses haben Betroffene, wie auch eine breite Öffentlichkeit, längst aufgegeben.

Gerade auch deswegen muss der NSU-Untersuchungsausschuss in NRW alles daransetzen, seinem Versprechen, das er den Angehörigen der Ermordeten und den Betroffenen der Anschläge gegeben hat, nachzukommen. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Ausschusses in NRW sind für die Betroffenen der NSU-Taten und ebenso für die gesamte Gesellschaft, essenziell wichtig. Wenn dieser Auftrag für den NSU-NRW-PUA in dieser Legislaturperiode nicht zu erfüllen sein sollte, dann in der nächsten. Ein guter Anfang und das richtige Zeichen in Richtung der Betroffenen wäre, anstatt von vereinzelten Phänomenen zu sprechen, die Tatsache des institutionellen Rassismus beim Namen zu nennen.

Nachtrag: Bei der Sitzung des PUA am 17. Februar 2016 fragte der Vorsitzende Sven Wolf den anwesenden Sachverständigen nach dessen Definition von institutionellem Rassismus. Dieser erläuterte den Begriff mit dem Beispiel von angeblich „verdachtsunabhängigen" Polizeikontrollen, bei denen Personen ausschließlich aufgrund ihrer Hautfarbe kontrolliert werden. Es scheint, als hätte die Diskussion im Schauspielhaus beim Vorsitzenden das Bedürfnis erzeugt, sich über den Begriff des institutionellen Rassismus auszutauschen.

NSU-Watch NRW ■

Der Front National studiert ausländische Modelle: Eher David Cameron oder eher Donald Trump?

Lang, lang ist es her, seitdem der französische Front National (FN) seinen damaligen Chef Jean-Marie Le Pen als „den französischen Ronald Reagan“ dem Wahlpublikum anbot. Das war im Präsidentschaftswahlkampf 1988. Jean-Marie Le Pen warb damals unter anderem mit einem Foto von sich, das ihn beim Händedruck mit dem seinerzeitigen US-Präsidenten Ronald Reagan zeigte; bei einem Konvent der US-amerikanischen Republikanischen Partei im Jahr 1987 hatte der Chef des französischen FN ihm kurz die Hand schütteln dürfen. Dies verdankte er der Fürsprache des damaligen Rechtsaußen-Senators Jessy Helms (1921-2008), eines Südstaaten-Rassisten und Anti-Kuba-Fanatikers, welcher den ehemaligen Sklavenhalterstaat North Carolina fünf Legislaturperioden hindurch im US-Senat repräsentierte. Doch nach dem Fall der Berliner Mauer und der späteren Implosion der UdSSR (1989/1991) betrachtete der FN es als überholt, sich als „Speerspitze des Antikommunismus“ im Namen der „freien Welt“ darzustellen: Nach dem Ende des Kalten Krieges schien damit keine Schärfung des ideologischen Profils mehr möglich. Stattdessen packte der FN nun, ab der Kuwait-Krise 1990 und dem Luftkrieg gegen den Iraq (Irak) im Januar/Februar 1991, eine tüchtige Dosis Antiamerikanismus in seinen Nationalismus.

Aber nun hat der französische FN wieder einen nordamerikanischen Freund respektive ein US-amerikanisches Vorbild gefunden. Es handelt sich, man ahnt es bereits, um Donald Trump, den – zu allem Unglück ziemlich aussichtsreichen – Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur der US-Republikaner für die Wahl im November 2016. Die Ankündigungen des politischen Trump-, ähm, Trampeltiers, 11 Millionen „illegaler Einwanderer“ aus den USA abzuschieben, eine verstärkte Mauer an der Grenze zu Mexiko zu errichten – auf mexikanische Kosten, bitte schön – und Menschen muslimischer Religionszugehörigkeit die Einreise in die USA zu verweigern, sind grundsätzlich nach dem Geschmack des FN. Von dem an dritter und letzter Stelle genannten Vorschlag (Einreiseverbot für Muslime) distanzierte sich allerdings sogar die amtierende Parteichefin Marine Le Pen verbal ein Stück weit, mit dem Hinweis, es gebe auch „muslimische Franzosen“, also Staatsbürger; nur die Ausländer unter den Muslimen wolle man draußen halten.

Prinzipiell gibt es jedoch eine weitgehende Übereinstimmung in der Parteiführung des FN, dass die „Tabubrüche“ eines Donald Trump auch die eigene Sache voranbringen[1]. Ein paar Differenzen tauchen dabei noch auf. Der stets um soziale Demagogie und um ein Auftreten „jenseits von Links und Rechts“ bedachte Vizevorsitzende der Partei, Florian Philippot, erklärte, beide als Außenseiter gestarteten und mehr oder minder erfolgreichen Kandidaten bei den US-Vorwahlen (der Republikanischen und der Demokratischen Partei), also Donald Trump und Bernie Sanders, hätten dem FN etwas zu bieten. Bei dem Ersteren fasziniere ihn die Ausländerpolitik (lt. Philippot das Eintreten gegen „die massive Immigration“), beim Zweiteren – dem als relativ links geltenden, in Wirklichkeit eher sozialdemokratischen Sanders – das Engagement „gegen die sozialen Ungleichheiten“. Der eher für eine Annäherung an die konservativ-reaktionären rechten Ränder im Bürgerblock (statt für „Nichts links und nicht rechts“) eintretende Bürgermeister von Béziers, Robert Ménard, bezieht sich dagegen positiv ausschließlich auf Trump – er stehe „der patriotischen Rechten“ in Frankreich mit „seinen Feststellungen und seinem Themengespür sehr nahe“ –, nicht jedoch auch auf Sanders. Louis Aliot, neben Philippot ebenfalls Vizevorsitzender des FN und im Vergleich zum Letztgenannten eher wirtschaftsliberal, zeigt sich wiederum von den Vorschlägen Trumps in der Außenpolitik angenannt. Dessen bisweilen eher nationalistisch-isolationistische Tendenzen, laut Aliot ein Anzeichen für eine „Mäßigung“ in der Weltpolitik der USA, sowie Trumps offene Faszination für Russlands Machthaber Wladimir Putin gefallen ihm.

Marine Le Pen als Chefin hält sich da bislang eher fein heraus und weigert sich bislang, den u.a. in der US-amerikanischen Presse des Öfteren angestellten Vergleich zwischen ihr selbst und Donald Trump herauszustreichen. Vorsichtig und bedächtig will sie politische Fortschritte erzielen: Nachdem Marine Le Pen ihre Präsidentschaftskandidatur für 2017 bereits am 8. Februar 2016 offiziell ankündigte[2] (als erste Kandidatin von Gewicht, drei Tage vor dem Linkssozialdemokraten Jean-Luc Mélenchon), wurde auch ihr voraussichtlicher Wahlkampfslogan publik. Er lautet La France apaisée, also ungefähr „das zum (inneren) Frieden gekommene Frankreich“. Das soll beruhigend wirken und das der Partei nach wie vor anhaftende, „extreme“ Image des FN abzustoßen helfen. Ihr Vorgänger und Vater Jean-Marie Le Pen hingegen, seit dem 20. August 2015 aus der Partei ausgeschlossen, hält sich da weniger zurück. Wäre er US-Amerikaner, „dann würde ich Donald Trump wählen“, posaunte er am 27. Februar 2016 per Twitter in die Welt hinaus[3]. Donald Trump junior, seines Zeichens Sohn des gleichnamigen prominenten Vaters, drückte daraufhin auf die „Like“-Taste, um anzuzeigen, dass er die Ankündigung des früheren langjähriges FN-Chefs schätze. Ungefähr gleichzeitig kündigte in den USA der frühere Ku Klux Klan-Chef und in den frühen 1990er Jahren im Staat Louisiana erfolgreiche Politiker David Duke an, er werde für Trump (senior) stimmen.

Bereits im Dezember 2015 hatte Sarah Palin, die berüchtigte Schreckschraube der US-Politik aus Alaska, die 2008 für die Vizepräsidentschaft der USA kandidierte und jetzt als Unterstützerin Donald Trumps in Erscheinung tritt, ihre politische Liebe für eine FN-Politikerin entdeckt. Es handelte sich um Marion Maréchal-Le Pen, damals gerade Kandidatin für die Regionalpräsidentschaft in Südostfrankreich, in PACA (Provences-Alpes-Côte d’Azur); mit 45,2 % der Prozent für ihre Liste in der Stichwahl scheiterte Marion Maréchal-Le Pen dann am 13. Dezember vergangenen Jahres. Am selben Tag wurde bekannt[4], dass Sarah Palin einen Narren an der 25jährigen rechtsextremen Jungpolitikerin in Frankreich gefressen hatte. Besonders ihre Anti-Abtreibungs-Positionen, ihr tatsächliches oder vermeintliches „Eintreten für christliche Werte“ sowie ihre „Anti-System“-Positionierung hatten es Palin angetan[5]. Nun, Pack und Pack gesellt sich eben gern…

Als Vorbild wurde in den letzten Wochen beim französischen FN aber des Öfteren auch der britische Premierminister David Cameron angeführt. Dieser drohte verbal bis vor kurzem mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs, nicht – wie bislang vom FN für Frankreich angestrebt – aus dem Euro (dem es nie angehörte), aber aus der Europäischen Union, letztendlich jedoch vor allem, um größere Spielräume für sein Land inenrhalb der EU herauszuholen. Seit einer vorläufigen Einigung am 19. Februar 2016 in Brüssel ruft Cameron nun inzwischen seinerseits zum Verbleib in der EU auf; und am 23. Juni dieses Jahres wird dazu in Großbritannien eine Volksabstimmung stattfinden.

„Strategie-Seminar"

Bislang diskutiert der FN jedoch auch, sogar kontrovers. Wirtschaftspolitik, Bündnisstrategie, Haltung zur EU und zum Euro: Alles muss auf den Prüfstand. Ungefähr so hatte die Parteiführung des Front National (FN) sich das vorgestellt, als sie vom 5. bis zum 7. Februar 2016 um die einhundert Spitzenvertreter/innen des eigenens Landes zu einem ebensolchen „Strategieseminar" rief. Es war in ein Hotel in Etiolles, um südlichen Pariser Umland, einbestellt worden. Allerdings: Konsens konnte bislang, in der Folge der Veranstaltung, noch keiner hergestellt werden. Vielmehr machen verschiedene Seilschaften auch zwei Wochen danach ungefähr genauso weiter, wie es vor dem Seminar der Fall war, obwohl es doch eigentlich notwendige Klärungen hätte herbeiführen sollen.

Den Auslöser dafür, dass Louis Aliot – Vizevorsitzender der neofaschistischen Partei, und Lebensgefährte ihrer Chefin Marine Le Pen – Anfang Januar d.J. die Initiative dazu ergriff, im Vorstand die Einberufung einer solchen Tagung zu fordern, lieferten die Wahlergebnisse der extremen Rechten im Dezember 2015. Bei den Regionalparlamentswahlen konnte der Front National damals zwar mit 28 Prozent der abgegebenen Stimmen ein Rekordergebnis erzielen. Doch konnte er zugleich keine einzige Regionalregierung übernehmen, unter anderem weil alle anderen politischen Kräfte sich gegen ihn verbündeten. Auf sich allein gestellt, hätte er in den Stichwahlen über fünfzig Prozent der Stimmen holen müssen. Trotz einiger gegenläufiger Prognosen im Vorfeld konnte er diese Hürde nicht nehmen.

Eine Fraktion innerhalb der Partei – und ihrer Führung – folgert daraus nun, dass die bisherige Strategie falsch gewesen sei. Diese grenzt sich von der bürgerlichen Rechten ebenso scharf ab wie von der Sozialdemokratie und den Linken. Von beiden, so lautet die Argumentation der extremen Rechten, unterscheide man sich durch die Forderungen nach radikalen Brüchen: mit der bisherigen Immigrationspolitik, aber auch mit der Europäischen Union und dem Euro sowie mit der bisherigen Form der Einbindung in die wirtschaftliche „Globalisierung".

Das Ganze wird begleitet von einem Sozial- und Wirtschaftsdiskurs, der stark auf soziale Demagogie aufgebaut sowie von einer tendenziell etatistischen Vision gekennzeichnet ist. Kapitalistische Eigentumsverhältnisse werden zwar mitnichten infrage gestellt, doch steht eine Vision von einem „starken Staat" respektive „strategischen Staat" als Wirtschaftsplaner und Beschützer des nationalen, inländischen Kapitals im Mittelpunkt. Dies charakterisiert die Programmatik und den Diskurs des FN seit den 1990er Jahren, während er in den 1980er Jahren noch radikal neoliberal und agressiv marktwirtschaftlich ausgerichet war. Die Wende brachten damals der Einsturz der Berliner Mauer und, im Anschluss, die Implosion des sowjetischen Blocks. Vor dem Hintergrund einer zentralen These, die da lautete: „Der Marxismus ist tot!", betrachteten führende Intellektuelle und Strategen der extremen Rechten sich selbst als die verbliebene „einzige Alternative" zum Bestehenden. Entsprechend glaubten sie, durch eine (verbal)radikale Ausrichtung im Diskurs und die Aufnahme „sozialer" Elemente in die Programmatik nun auch eine Wählerschaft von der Linken übernehmen zu können, nachdem die Wählerinnen und Wähler des FN in den achtziger Jahren noch überwiegend von der konservativen Rechten gekommen waren. Teilweise, vor allem im früheren Bergbaurevier in Nordostfrankreich, ging diese Strategie auch auf. Allerdings nicht in dem Ausmaß, wie ihre Erfinder sich dies ausgemalt hatten.

Nun gerät diese Strategie, erstmals seit 25 Jahren, erheblich unter innerparteilichen (wie auch äußeren) Druck. Und zwar deswegen, weil eine wachsende Fraktion bemängelt, eine Fortsetzung dieser Linie verkenne, dass sowohl Überschneidungen bei einer zwischen zwei Parteien zögernden Wählerschaft als auch Bündnismöglichkeiten sich heute viel eher auf der konservativen Rechten als im Bereich der Linken befänden. Dort seien, so wird argumentiert, die Möglichkeiten zum Ausschöpfen von bislang unerschlossenen Wählerpotenzialen „bereits erschöpft", da diesbezüglich alle Register gezogen worden seien. Doch im so genannten Mittelstand verstehe man, wird kritisiert, die „oft sozialistisch klingenden" wirtschafts- und sozialpolitischen Töne der Partei nicht. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, monieren etwa mehrere südfranzösische Bürgermeister der extremen Rechten – am lautesten wohl Robert Ménard, Rathauschef in Béziers –, aber auch die südostfranzösische Spitzenkandidatin und Parlamentsabgeordnete Marion Maréchal-Le Pen (eine Nichte von Marine Le Pen), dass man auf einer „linken Fahrbahn" herumirrlichtere.

Das Seminar endete ohne klares Ergebnis. Die Forderung nach Euro-Austritt, die ebenfalls für heftige Polemiken sorgt, weil sie ebenso als Schreckgespenst für „mittelständische" und wohlhabende Wähler wie als ernsthaftes Hindernis bei Gesprächen mit Konservativen gilt, wurde nicht aufgegeben. Darauf insistiert jedenfalls der Vizevorsitzende des FN, Florian Philippot, der als Hauptverfechter dieser Thematik gilt. Allerdings werden leisere Töne zum Thema als bisher angeschlagen.

Das britische Modell (vgl. oben; Kampf um „nationale Interessen" innerhalb der EU plus Forderung nach einem Referendum) wird nunmehr von Teilen des FN herausgestrichen, um auch zu konservativen Kräften eine Brücke zu bauen. Hinter der Vorstellung, man müsse das französische Volk darüber abstimmen lassen, packen Teile der Partei dann ihren Wunsch danach, sich für einen Austritt aus dem Euro und/oder der EU stark zu machen. Dies wird aber möglicherweise nicht von Allen geteilt, zumal die Eröffnung von „Verhandlungen über eine andere Ausgestaltung Europas" nunmehr von manchen Protagonisten des FN zur Hauptforderung erhoben wird.

Ansonsten bleiben die Vorstellungen von einem „strategischen Staat" bestehen. Aber sie werden nunmehr stärker ergänzt durch eine Betonung von wirtschaftspolitischen Forderungen, die stärker auf die in Frankreich so bezeichnete micro-économie (betriebswirtschaftliche Ebene, im Gegensatz zur macro-économie oder Volkswirtschaftsebene) zugeschnitten sind. Also auf die Belange einzelner Unternehmen. Dazu zählen Forderungen nach Steuersenkungen, vor allem für mittelständische Betriebe, „Entbürokratisierung" oder weniger Sozialabgaben. Am 19. Februar 2016 wurde ein neues Kollektiv am Rande der Partei unter dem Namen Croissance bleu Marine („Marineblaues Wachstum") gegründet, das für mittelständische Unternehmer bestimmt sein soll.

Auch darum gibt es noch innerparteilichen Streit, da Florian Philippot derzeit die Oberhand über die insgesamt acht parteinahen „Kollektive" – darunter jene für Lehrer/innen, für Studierende, für Kulturschaffende… – innehat. Andere Leitungsmitglieder wollen ihn gerne stärker an den Rand drängen. Dass man sich aber wieder verstärkt um solche Schichten bemühen müsse, um die der FN sich potenziell mit den Konservativen und Wirtschaftsliberalen streitet, scheint innerparteilich unstrittig. Nicht gelöst ist damit aber bisher die Bündnisfrage, die auf Dauer gestellt bleibt.

Fußnoten:

1 Vgl. etwa http://www.lemonde.fr/politique/article/2016/02/24/le-front-national-se-felicite-du-succes-de-donald-trump-aux-primaires-americaines_4870591_823448.html

2 Vgl. http://www.rtbf.be/info/monde/detail_france-marine-le-pen-officiellement-candidate-a-la-presidentielle-de-2017?id=9208462

3 Vgl. http://bigbrowser.blog.lemonde.fr/2016/02/27/jean-marie-le-pen-voterait-pour-donald-trump-donald-trump- -jean-marie-le-pen/

4 Vgl. http://www.breitbart.com/national-security/2015/12/13/exclusive-sarah-palin-marion-marechal-le-pen-and-16-centuries-of-christian-france/

5 Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/insolites/2015/12/14/25007-20151214ARTFIG00257-le-coup-de-coeur-de-sarah-palin-pour-marion-marechal-le-pen.php

Studie zu Antisemitismus und muslimischem Rassismus – Und Kritik an ihr

Jüdisches Leben in Frankreich, aber auch Antisemitismus im Lande stellen derzeit stark wahrgenommene Diskussionsthemen dar. „Jude-Sein in Frankreich“ lautet etwa in der laufenden Woche das Titelthema der Wochenzeitschrift L'Express (Ausgabe vom 3. Februar 2016), und das Wochenmagazin Le Un macht just zur selben Zeit auf mit der Schlagzeile: „Warum die Juden Angst haben.“

Nahrung erhielt diese Debatte ebenfalls durch eine Aufsehen erregende, aber auch von einigen Stimmen kritisierte Studie, die erstmals am 31. Januar der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Damals publizierte die Sonntagszeitung JDD (Journal du dimanche) Auszüge aus einer breit angelegten Umfrage respektive Studie[1], die durch die „Stiftung für das französische Judentum“ – Fondation pour le judaïsme français – in Auftrag gegeben worden war. Anlass dazu waren politische Konflikte, Anfeindungen zwischen Bevölkerungsgruppen sowie Angriffe auf jüdische Einrichtungen in der Pariser Vorstadt Sarcelles gewesen, die sich im Juli 2014 parallel zur letzten größeren militärischen Auseinandersetzung im Gazastreifen abspielten.

Vom 15. bis 24. Juli desselben Jahres befragte das Meinungsforschungsinstitut Ipsos daraufhin im Auftrag der Stiftung zunächst 1005 Personen, die für einen Querschnitt der in Frankreich lebenden Bevölkerung repräsentativ sein sollten und die dafür nach klassischen Methoden ausgewählt wurden. Hinzu kamen dann zwei als „qualitative Erhebungen“ präsentierte Runden, bei denen im Februar und März 2015 insgesamt 500 sich als „Muslime“ definierende Personen sowie von Februar bis Juni des Jahres 313 als „jüdisch“ ausgewiesene Menschen befragt wurden.

Die Sonntagszeitung JDD widmete der Vorstellung der Untersuchung eine volle Doppelseite, auf der den beiden Gruppen getrennte Artikel – unter den Überschriften „Die große Angst der Juden“[2] sowie „Die Muslime werden Opfer von Ausgrenzung/Ablehnung“[3] – gewidmet wurden. Eine gemeinsame Einleitung[4] versuchte, die Vorurteile und Stereotypen sowie Ablehnungsgründe zu umreißen, mit denen beide Bevölkerungsgruppen konfrontiert seien. Ein globalerer Artikel („Das große Misstrauen“) umriss die allgemeine Situation. Arie Goldmann, der Präsident der Stiftung, wird mit den Worten zitiert, man habe mit der Veröffentlichung der Ergebnisse gezögert und habe „das Ende der Wahlkampfperiode“ – rund um die Regionalparlamentswahlen im Dezember 2015 – abwarten wollen.

Was sagt die Umfrage, die natürlich auch in den übrigen Medien gehörige Aufmerksamkeit hervorrief[5], selbst aus? Sie beginnt mit einem allgemeinen Kapitel über „das Zusammenleben in Frankreich“. Darin wird angegeben, 61 Prozent aller Befragten sähen die Zukunft in Frankreich pessimistisch und bezeichneten ihre Zukunft als verbaut – was natürlich mit der allgemeinen sozialen Lage zusammenhängt. Danach werden Fragen und Antworten zu bestimmten Bevölkerungsgruppen aufgelistet. Demnach denken etwa 38 Prozent, es seien über zwanzig Prozent der Wohnbevölkerung muslimisch (in Wirklichkeit geschätzte 8 %), und gar 57 Prozent glauben, es seien über zehn Prozent jüdisch (in Wirklichkeit rund ein Prozent).

Was die französischen Juden betrifft, so erklären 90 Prozent, dass man sie für „gut integriert“ halte – davon 27 % „absolut“ und 63 % „eher gut“. Ein weit höherer Wert als bei Muslimen, Schwarzen und Roma, wobei sich ihre Situation auch dadurch unterscheidet, dass Juden und Jüdinnen in Frankreich anders als in den 1920er Jahren nur selten Neuzuwanderer sind.

Doch antisemitische Stereotypen finden sich in einigen Fällen von hohen Anteilen der Befragten bestätigt. 91 Prozent bejahen demnach die Aussage, dass „Juden untereinander zusammenhalten“ – davon 35 % „total“ und 56 % „eher“ –, wobei sich aus dem Material nicht deutlich ergibt, ob dies in den Augen der Antwortenden einen Kritikpunkt oder aber eine positive Projektion darstellte.

Dass Juden insgesamt „viel Macht“ haben, denken demnach 56 Prozent in unterschiedlicher Intensität – 14 Prozent „total“, der Rest „eher“ –, ebenso viele sehen sie als „reicher als den Durchschnitt“ (11 Prozent davon „total“). In den Medien sehen insgesamt 41 Prozent demnach Juden als „ein wenig zu präsent“ an, davon 11 Prozent „total“. Unter den Befragten des Panels, das als „muslimische Personen“ bezeichnet wird, liegen diese Gesamtwerte dabei jeweils um etwa zehn Prozentpunkte höher als im Durchschnitt, außer bei der Frage nach den Medien, wo die Abweichung nach oben demnach 25 Prozent beträgt.

Was den Antisemitismus betrifft, so lautet eine Fragestellung, ob jüdische Menschen „eine Mitverantwortung an seinem Aufstieg“ trügen. Dabei antworten 14 Prozent, sie trügen „eine erhebliche“, sowie 42 Prozent, sie trügen „eine kleine“ (minime) Mitschuld.

Kritik an der Umfrage wurde in verschiedenen Medien laut. Im Onlineportal der liberalen Pariser Abendzeitung Le Monde war beispielsweise von „einer Umfrage über Stereotypen, die selbst voller Stereotypen steckt“, die Rede[6]. Kritisiert wird u.a. die Konstruktion der beiden Panels für „jüdische“ und „muslimische“ Menschen. In Frankreich sind so genannte statistiques ethniques, also die Erhebung von personenbezogenen Daten über u.a. religiöse Zugehörigkeit und Abstammung, gesetzlich verboten. Angaben über Religionsangehörigkeit in Umfragen beruhen deswegen auf freiwilligen subjektiven Eigenangaben. Demnach können zum Beispiel fundamentalistische Muslime weitaus eher geneigt sein, sich einem Panel zugehörig fühlen zu wollen, als moderat praktizierende oder nur formal einer Religion angehörende Menschen. Und die beiden Panels seien zu klein, um wirklich als repräsentativ zu gelten; ihre Befragung erfolgte per Internet, und nicht telefonisch wie für den Panel, der einen Durchschnitt der „Allgemeinbevölkerung“ abbilden sollte. Auch ließ die Fragestellung, ob man in jüngerer Zeit „Probleme mit einem….“ – mit einem Muslim, Afrikaner, Rom oder Juden (letztere Option bejahen nur vier Prozent) gehabt habe, weder die Möglichkeit offen, „mit keinem“ zu antworten; noch die Antwort: „mit einem Ur-/Bio-/Herkunftsfranzosen“.

Niemand bestreitet allerdings ernsthaft, dass es einen Fundus rassistischer und antisemitischer Stereotype gibt. Und dass er gefährlich ist.

Bernard Schmid, Paris ■

Fußnoten:

1 Vgl. http://www.fondationjudaisme.org/la-societe-francaise-et-le-rapport-a-lautre/ und http://www.fondationjudaisme.org/wp-content/uploads/PRESENTATION-GLOBALE-ENQUETE.pdf

2 Vgl. http://www.lejdd.fr/Societe/Religion/Enquete-Ipsos-la-grande-peur-des-juifs-de-France-770743

3 Vgl. http://www.lejdd.fr/Societe/Religion/Enquete-Ipsos-Les-musulmans-victimes-de-rejet-770753

4 Vgl. http://www.lejdd.fr/Societe/Religion/Sondage-Juifs-musulmans-de-France-la-grande-mefiance-770609

5 Vgl. bspw. http://www.metronews.fr/info/juifs-musulmans-vivre-ensemble-le-sondage-polemique-qui-dessine-une-france-pas-tres-charlie/mpaE!cmfsTMqkvb3s/

6 Vgl. http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2016/02/01/un-sondage-sur-les-cliches-lui-meme-bourre-de-cliches_4857285_4355770.html

Calais: Vor Teilräumung des „Jungle"-Camps von Migranten am Ärmelkanal

Dem als „Jungle" bezeichneten Camps von Migranten und Geflüchteten an der französischen Ärmelkanalküste, in der Nähe von Calais, droht die teilweise Räumung. Das zuständige Verwaltungsgericht in der nordfranzösischen Regionalhauptstadt Lille hat dazu am vergangenen Donnerstag, den 25. Januar 2016 am Nachmittag seine Zustimmung erteilt: Die geplante Evakuierung der Südhälfte der „Jungle"-Siedlung sei rechtmäßig. Nun können die Kläger – mehrere Migranten sowie fünf französische NGOs – noch vor den Conseil d'Etat ziehen, also das oberste Verwaltungsgericht in Frankreich. Aber eine Klage dort hätte keine aufschiebende Wirkung, würde also eine Räumung noch vor dem höchstrichterlichen Entscheid nicht verhindern.

Alain Juppé, der derzeit als einer der aussichtsreichsten Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur der französischen Konservativen für die Wahl 2017 gilt, besuchte am 27. Januar 2016 die Örtlichkeiten in Calais. In der regionalen Presse erklärte er, er sei gekommen, um seine Parteifreundin, die Calaiser Bürgermeisterin Nathalie Bouchart zu unterstützen. Diese forderte seit Oktober vorigen Jahres zum wiederholten Male, zuletzt am 3. Februar, den Einsatz der Armee in Calais: Polizei und Gendarmerie würden der Lage nicht langer Herr. Juppé, der eher als Mann des moderaten Flügels der bürgerlichen Rechten gilt, wiegelte verbal ein wenig ab: Ja, die Armee könne „unterstützend eingreifen", aber, fügte er hinzu, „ich glaube, dies ist nicht vorrangig ihre Rolle."

Juppé regte an, auch die britischen Behörden müssten „ihren Teil an Verantwortung" übernehmen. Etwa, indem britische Beamte vor Ort in Calais überprüften, wer im Vereinigten Königreich aufnahmeberechtigt sei, um diese Menschen über den Ärmelkanal hinüber zu lassen. Dabei bezieht der frühere Premier- und Außenminister sich wohl auch auf ein britisches Gerichtsurteil vom 21. Januar d.J., das es erstmals vier bis dahin im Flüchtlingscamp von Calais festsitzenden unbegleiteten Minderjährigen erlaubte, zu ihren in England lebenden Familien einzureisen. Juppé schlug jedoch wesentlich grundsätzlicher vor, ähnlich wie es in den kürzlich in Griechenland und Italien eröffneten hot-spots der EU und ihrer Grenschutzagentur Frontex geplant ist, vorgelagerte Entscheidungen zur Einreiseerlaubnis und –verweigerung zu treffen. In diesem Falle sollen also britische Behörden die Flüchtlinge auf französischem Boden dahingehend sortieren, wer später in ihr Land darf und wer nicht. Daneben spricht Juppé sich dafür aus, in viel höherer Zahl als bisher Abschiebungen von „nicht asylberechtigten" Migranten durchzuführen und „Rücknahmeverpflichtungen" von Herkunfts- oder Drittländern geltend zu machen.

Von der Aussicht, in Calais auf Vertreter der britischen Migrationsbehörden zu treffen, nicht verschreckt zeigt sich Ende vergangener Woche Abu Awar. Der weißbärtige Mann ist ein bidoun („ohne"), ein staatenloser Araber aus Kuwait, und wohnt derzeit im „Jungle" von Calais. Wie zahlreiche Familien in der Region wurde auch die seine bei der Unabhängigkeit des Kleinstaats am Golf von der britischen Kolonialmacht, 1961, nicht als Staatsbürger akzeptiert. Als die Grenzen mit dem Reißbrett gezogen wurden, lebte seine Familie wie viele andere beiderseits der Linie. Heute sind die bidoun in den Golfmonarchien weitgehend rechtlos. Ein Teil seiner Angehörigen sitzt im Gefängnis. Abu Awar rechnet vor, die Reise bis nach Europa habe ihn 5000 Euro gekostet, die Weiterreise bis nach Calais nochmals 1500 Euro. Nun glaubt er, wenn die britischen Behörden erst einmal Kenntnis von seiner Situation hätten, sei die Sache für ihn geregelt: Den bidoun aus der britischen Ex-Kolonie ein spezieller Schutzstatus zuerkannt – wenn sie es denn einmal bis auf englischen Boden geschafft haben. Abu Awar hat aber auch bereits zwei erwachsene Kinder in Großbritannien leben. Nicht alle im Camp rechnen sich so vergleichsweise gute Chancen aus wie Abu Awar.

Während ein Franzose wie Alain Juppé gerne das aus dem Jahr 2003 stammende „Abkommen von Le Touquet" neuverhandeln möchte, das Frankreich zur Übernahme vorgelagerter Grenzkontrollen und Einreisekontrollen für Großbritannien verpflichtet – um mehr „Verantwortung" für die Migranten auch von den Briten einzufordern –, spricht auch der britische Premier David Cameron derzeit viel von Calais. Und von Frankreich. Allerdings im umgekehrten Sinne: Er thematisiert die sich am Ärmelkanal aufstauenden Migranten, um im beginnenden Abstimmungswahlkampf dafür zu werben, dass die britischen Stimmbürger am 23. Juni 2016 für einen Verbleib in der EU stimmen. Würde das Vereinigte Königreich nämlich die Union verlassen, also für einen Brexit stimmen, „dann sähen französische Politiker sich nicht mehr an das Abkommen von Le Touquet gebunden, mit dem sie anerkannten, dass unsere Grenze auf ihrer Seite des Ärmelkanals liegt". Dies erklärte Cameron etwa am 8. Februar dieses Jahres. Um seine Landsleute dazu zu veranlassen, in der EU bleiben zu wollen, fügte Cameron hinzu: „Wir dürfen ihnen keinen Vorwand dazu liefern!", denn sonst kämen „Tausende von Migranten in einer Nacht, um Asyl in Kent zu beantragen."

Wir treffen Patrick in einem NGO-Lokal. Er ist im Hauptberuf Richter und Mitglied einer progressiven Justizgewerkschaft, ehrenamtlich engagiert er sich für Flüchtlinge. Er nahm in Lille am Prozess vor dem Verwaltungsgericht teil und unterstützte die fünf NGOs – wie Car4Calais, L'Auberge des migrants und Help Refugees –, die gegen die bevorstehende Räumung des „Jungle" klagten.

Ihre Verwaltungsklage ging verloren. Die französische Staatsmacht berief sich vor dem Gericht darauf, die Lage vor Ort sei unhaltbar geworden, führe zu Übergriffen und Gewalt. Dabei führte das Innenministerium die in den letzten Wochen tatsächlich zunehmenden rassistischen Gewaltakte auf die – so ihre Darstellung – Anspanung und Verzweiflung von Anwohnern, Polizisten und Migranten gleichermaßen zurück. Anlässlich einer Solidaritätsdemonstration von 3000 Menschen in Calais am vorletzten Samstag in Januar war tatsächlich die Stimmung im hafennahen Stadtteil von heftigen verbalen Ausbrüchen mancher Anwohner geprägt. (AN berichteten) Ein 21jähriger, der zuvor schon wegen rechtsextremer Aktivitäten bekannt war, holte gar beim Vorbeiziehen der Demonstration ein Jagdgewehr aus dem Haus, während ein Kumpan vor seinem Hauseingang mit einem Schlagstock herumzuprügeln begann. Gegen ihn wurde ein Strafverfahren eröffnet. In der Woche zuvor wurden junge Afghanen nächtens mit Eisenstangen verletzt.

Das Gericht nahm dieses Anwachsen von Spannungen und Gewalt zum Anlass, die Räumung der Südhälfte des Camps zu genehmigen. Also des Teils, der am nächsten an den Zufahrtsstraßen zum Hafen und zur Stadt und in Sichtweise einiger Häuser in den Außenbezirken liegt.

Dennoch sieht Patrick dadurch den Kampf um die Solidarität mit den Migranten noch nicht verloren. Gericht und Staatsvertreter seien durch das offensive Auftreten der NGOs mit ihrer Klage gezwungen worden, ihrerseits ihre Sorge für die humanitäre Situation der Migranten herauszustreichen. So wurden einige Örtlichkeiten im Camp ausdrücklich von der bevorstehenden Räumung ausgenommen.

Fortsetzung nächste Seite unten

Clausnitz: Entsetzen über asylfeindlichen Mob

Die Empörung über den asylfeindlichen Mob im sächsischen Clausnitz und in Bautzen ist groß. Auch das Verhalten der Polizei stößt bundesweit auf Unverständnis. Unterdessen wird nach den Ursachen für Fremdenfeindlichkeit in Sachsen gesucht.

Die fremdenfeindlichen Krawalle in Sachsen haben ein Nachspiel: Die Polizeidirektion Chemnitz setzte am Montag eine elfköpfige Ermittlergruppe zu den Vorfällen in Clausnitz ein. Die Spezialisten der Kriminal- und Schutzpolizei sollen die Geschehnisse im Zusammenhang mit der Belegung einer Asylunterkunft am Donnerstagabend aufarbeiten, wie die Polizeidirektion am Montag mitteilte. Der Leiter der dortigen Asylunterkunft wurde inzwischen versetzt. Die Bundesregierung verurteilte die fremdenfeindlichen Vorfälle. „Was da in Clausnitz geschehen ist, ist zutiefst beschämend“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert in Berlin.

Ermittlungen wurden auch in Bautzen aufgenommen, wo bei einem weiteren Vorfall in der Nacht zu Sonntag Schaulustige beim Brand einer Asylunterkunft applaudierten und versuchten, die Löscharbeiten zu behindern. In Clausnitz in Mittelsachsen hatte ein pöbelnder Mob am Donnerstagabend einen Bus mit Flüchtlingen blockiert und versucht, den Einzug der Asylbewerber in eine neue Unterkunft zu verhindern. Die aggressiven Proteste, an denen sich rund 100 Menschen beteiligten, hatten bundesweit für großes Entsetzen gesorgt. Für Empörung sorgte auch das Verhalten der Polizei, die die verängstigten Flüchtlinge zum Teil mit Gewalt aus dem Bus holte.

Leiter der Asylunterkunft versetzt

Der Leiter der Asylunterkunft in Clausnitz wurde am Montag nach Angaben des zuständigen Landkreises Mittelsachsen versetzt. Er war wegen seiner AfD-Mitgliedschaft umstritten. Zudem soll laut einem Bericht des MDR sein Bruder die fremdenfeindlichen Proteste mitorganisiert haben.

Im ostsächsischen Bautzen brannte in der Nacht zum Sonntag eine künftige Flüchtlingsunterkunft. Die Staatsanwaltschaft Görlitz will nun ein Ermittlungsverfahren gegen drei junge Männer einleiten, die zu den Störern gehörten.

Bundesregierung verurteilt Vorfälle

Die Bundesregierung verurteilte die fremdenfeindlichen Vorfälle scharf. „Wie kaltherzig, wie feige muss man sein, um sich vor einem Bus mit Flüchtlingen aufzubauen und zu pöbeln und zu grölen, um den darin sitzenden Menschen, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, Angst zu machen“, sagte Regierungssprecher Seibert.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) appellierte an die Mehrheit in der bürgerlichen Mitte, nicht länger zu schweigen. „Sie muss sich entschieden zu Wort melden, damit unsere gesellschaftliche Debatte nicht durch die Hetze und den Hass vergiftet wird“, sagte Maas den Zeitungen der Essener Funke Mediengruppe. Es dürfe nicht abgewartet werden, bis es den ersten Toten gebe. Maas sieht auch die Polizei in der Pflicht. Sie habe die Aufgabe, Flüchtlinge vor radikaler Hetze und Übergriffen zu schützen. „Rechtsfreie Räume für Fremdenfeinde darf es nicht geben.“

Grüne bringen Vorfall ins Parlament

Die Grünen im Bundestag haben wegen der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Clausnitz und Bautzen eine Aktuelle Stunde beantragt. „Der Deutsche Bundestag muss unmissverständlich klar machen, dass wir so etwas nicht dulden können“, sagte die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Britta Haßelmann, zur Begründung.

Der Berliner Politikwissenschaftler und Rechtsextremismus-Experte Hajo Funke sieht eine Mitschuld der ostdeutschen Politik an den Ereignissen. Rechte Strömungen seien in den ostdeutschen Ländern

---

Fortsetzung von vorheriger Seite

Solche, die als lieux de vie („Lebensorte“) bezeichnen werden: Gotteshäuser, Künstlerwerkstätten oder die Schule im Camp, an der Französisch und Englisch unterrichtet wird, oder das von den NGOs eingerichtete Zentrum für Rechtsberatung.

Noch im Januar d.J., als die Bagger einen 200 Meter breiten Teilstreifen einfach ohne richterliche Genehmigung geräumt hatten, um den „Jungle“ zur Straße hin zu begrenzen, wurden auch eine Kirche und eine Moschee im Camp einfach plattgewalzt. Dies führte zu Negativschlagzeilen. Sogar eine rechtsextreme Webseite, die der „Beobachtungsstelle für Christenfeindlichkeit“ (Observatoire de la christianophobe), empörte sich über den Angriff auf die Kirche der Migranten, ohne freilich die Moschee zu erwähnen, während muslimische Medien wiederum hauptsächlich von der Moschee sprachen. Nach wie vor steht aber die relativ große äthiopisch-eritreeische Kirche im Camp. Diese dürfte nun, ebenso wie Sozialeinrichtungen, verschont blieiben. Unterdessen begannen einige Migranten, die Worte Lieux de vie auf ihre Zelte zu pinseln, unter der Hoffnung, diese mögen so ebenso verschont blieben.

Vor allem aber glaubt Patrick, die Staatsmacht müsse nun wohl etwas mehr auf die Lage etwa der unbegleiteten Minderjährigen im Camp achten und humanitäre Mindestbedingungen dort gewährleisten. Noch bis im Herbst hatten die Behörden dies strikt verweigert, da der „Jungle“ um Himmels willen nicht auf Dauer bleiben solle. Doch nachdem die französische Republik am 2. November, auf Betreiben von NGOs hin, vom Verwaltungsgericht Lille wegen Verletzung der Menschenwürde verurteilt wurde, hatte er immerhin Duschwagen und Toilettenhäuschen aufstellen müssen.

Ansonsten behauptet die Staatsmacht nun, eine menschenwürdige Alternative gefunden zu haben. Einen Teil der bisher in Zelten lebenden Migranten will sie in Container stecken, die im Nordteil des Camps aufgestellt worden sind. Die ausgesprochen zynisch klingenden Berechnungen, wonach zwölf Erwachsene, aber „48 Minderjährige“ in eine Containereinheit passen sollen, riefen bei den NGOs helle Empörung hervor. Vor allem aber sind die Container mit moderner Technologie augestattet, die eine Erkennung der Bewohner durch die Handfläche oder den Fingerabdruck – und Unterstützer tunlichst draußen halten sollen. Viele Migranten wollen aus diesen Gründen nicht in die wenig human wirkenden Container. Ihnen bietet der französische Staat nun noch eine andere Antwort an: Für eine Höchstdauer von drei Monaten sollen sie in so genannten „Atempausezentren“ (centres de répit) oder „Aufnahme- und Orientierungszentren“ (CAO) unterkommen. Dort soll ihnen die Wahl zwischen einem Asylantrag in Frankreich oder „freiwilliger Ausreise“ schmackhaft gemacht werden, die Sache mit England sollen sie sich hingegen lieber aus dem Kopf schlagen.

Mehrere Hundert Menschen gingen auf solche Angebote ein, Anfang Februar zogen etwa Migranten aus Calais in ein solches Zentrum im südfranzösischen Bezirk Lozère. Doch die CAO erweisen sich für jene als Falle, die einen Fingerabdruck in einem EU-Mitgliedsstaat bei der Durchreise hinterließen und aufgrund des Dublin-Abkommens dorthin zurückgeschickt werden sollen. Sudanesen, die über die italienischen Mittelmeerinseln in die EU einreisten, wurden etwa im Raum Toulouse in einem CAO identifiziert und unter Hausarrest gestellt. Die NGOs geben an, 54 % der Menschen in den CAOs seien aber in einer solchen juristischen Situation. Ihnen droht also die Abschiebung. Verteilt auf verschiedenste Winkel Frankreichs, so ist zu befürchten, werden sie dagegen weniger Schutz finden als umgeben von Unterstützerinnen, NGO-Aktivisten und anderen Migranten in Calais.

Bernard Schmid, Frankreich ■

verharmlost worden, sagte er der Berliner Morgenpost. Diese Strukturen seien allerdings kein rein ostdeutsches Problem, sondern eine Ost-West-Produkt, sagte Funke weiter. Der Westen sei dafür mitverantwortlich. „Die Enttäuschungserfahrungen der vergangenen Jahrzehnte haben bei einigen zu einer Verrohung geführt."

Polizeigewerkschaft gegen verbale Schnellschüsse

Unterdessen warnte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor „verbalen Schnellschüssen". Politische Ferndiagnosen seien wenig hilfreich, erklärte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow. Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte zuvor das Vorgehen der Beamten verteidigt. Die Polizei habe seines Erachtens richtig gehandelt, die von einem grölenden Mob bedrohten Flüchtlinge aus dem Bus in die Asylbewerberunterkunft zu bringen, sagte er in der ARD-Sendung Bericht aus Berlin.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums hat es seit Jahresbeginn mindestens 118 Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte gegeben. In 112 Fällen seien rechtsmotivierte Täter für die Übergriffe verantwortlich, teilte das Ministerium mit. Es handelte sich überwiegend um Gewaltdelikte (27 Fälle), Sachbeschädigungen (43 Fälle) sowie Propagandadelikte (31 Fälle). Zudem wurden 17 Brandstiftungen gezählt. Die Zahlen umfassten die ermittelten Angriffe bis zum 15. Februar. Die Übergriffe in Clausnitz und Bautzen seien in der Statistik noch nicht inbegriffen.

Quelle: http://www.migazin.de
23.02.2016 ■

Regierungschef Tillich sieht keine ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit

Die Bilder aus Clausnitz und Bautzen haben bundesweit erschreckt: Einmal mehr wird diskutiert, ob Sachsen ein besonderes Problem mit Rechtsextremisten hat. Die Landesregierung will den Ansehensverlust begrenzen und alle Bürger in die Pflicht nehmen.

Nach den erneuten ausländerfeindlichen Krawallen in Sachsen ist die Landesregierung um Schadensbegrenzung bemüht. Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) brachte nach einer Sitzung seiner Ministerrunde am Dienstag in Dresden Bestürzung und Scham über die Vorfälle der vergangenen Tage in Clausnitz und Bautzen zum Ausdruck. Er wandte sich aber auch erneut gegen das Bild von einem Bundesland mit besonders ausgeprägter Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus: Es dürfe nicht sein, dass die vielen engagierten Menschen in Sachsen durch „einige wenige Personen in Misskredit gebracht werden". Auch pauschale Verurteilungen Sachsens würden nicht weiterhelfen.

Trotz zunehmender Kritik an der sächsischen Landesregierung sieht Tillich aber keine Versäumnisse des Freistaates im Umgang mit Rechtsextremisten. Auch bei sich persönlich erkenne er beim Thema Extremismus keine Lücken im politischen Handeln: „Ich habe Verantwortung übernommen und werde sie wahrnehmen", sagte er nach einer Kabinettssitzung am Dienstag in Dresden. Sein Fehlen etwa auf Demonstrationen der Asylbefürworter begründete er mit der regelmäßigen Anwesenheit seiner Minister. Sie seien „höchste Vertreter".

Tillich: Übergriffe nur von Wenigen verübt

Das Kabinett habe sich darüber verständigt, dass alle Demokraten zusammenstehen müssen, um „den verbrecherischen Umtrieben Einhalt zu gebieten". Die Übergriffe würden nur von einigen Wenigen verübt, aber viel zu häufig, räumte Tillich ein. Das sei es, „was uns beschämt und noch entschlossener werden lässt". Der sächsische Regierungschef kündigte ein Maßnahmepaket zur Stärkung der Demokratie an, über welches das Kabinett am nächsten Wochenende in einer außerordentlichen Sitzung beraten will.

In dem mittelsächsischen Dorf Clausnitz hatte ein pöbelnder Mob am Donnerstagabend einen Bus mit Flüchtlingen blockiert und versucht, den Einzug der Asylbewerber in eine neue Unterkunft zu verhindern. Die aggressiven Proteste, an denen sich rund 100 Menschen beteiligten, hatten bundesweit für großes Entsetzen gesorgt. Für Empörung sorgte auch das Verhalten der Polizei, die die verängstigten Flüchtlinge zum Teil mit Gewalt aus dem Bus holte.

Bei einem weiteren Vorfall in der Nacht zum Sonntag brannte im ostsächsischen Bautzen eine künftige Flüchtlingsunterkunft. Der Brand wurde von Umstehenden teilweise bejubelt, die Löscharbeiten der Feuerwehr wurden behindert.

Amnesty rügt Polizei

An den fremdenfeindlichen Protesten in Clausnitz waren nach Angaben der Parteivorsitzenden Frauke Petry auch Mitglieder der rechtspopulistischen AfD beteiligt. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International forderte eine unabhängige Untersuchung der Attacken auf die Flüchtlinge. Die Ereignisse müssten durch eine unabhängige Kontrollinstanz aufgeklärt werden, sagte die deutsche Generalsekretärin Selmin Çalışkan. Als nicht nachvollziehbar bezeichnete sie das Vorgehen der sächsischen Polizei, die aus Opfern Täter mache.

Nach Einschätzung der Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung gehen die Ausschreitungen auf das Konto der sächsischen Politik. Sachsen sei ein Paradebeispiel dafür, was passiert, wenn man politisch nichts gegen rechtsextreme Umtriebe unternimmt, sagte die Stiftungsvorsitzende Anetta Kahane dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Berlin.

Experte: Sachsen verharmlost Rechtsextremismus

Auch nach Ansicht des Dresdner Politologen Dietrich Herrmann ist eine Verharmlosung des Rechtsextremismus in Sachsen ein Grund für die fremdenfeindlichen Krawalle in Clausnitz und Bautzen. Nach Einschätzung des Dresdner Politik-Experten Frank Richter gehen die häufigen fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Sachsen auch auf mangelnde Prävention zurück. Fremdenfeindlichkeit zeige sich an einigen Orten besonders deutlich, weil dort nicht entsprechend vorgebeugt werde und Widerstand geleistet werde, sagte der Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung am Dienstag im WDR.

Derweil wurde die sächsische Landesvertretung in Berlin mit Steinen attackiert. Ein Unbekannter habe am Montagabend gegen 21.20 Uhr auf diese Weise vier Fenster der Landesvertretung in der Brüderstraße im Stadtteil Mitte beschädigt. Der Mann sei noch vor Eintreffen der Polizei geflüchtet. Ob es einen Zusammenhang mit den ausländerfeindlichen Krawallen der zurückliegenden Tage in Clausnitz und Bautzen gibt, war nach Aussage einer Polizeisprecherin zunächst unklar. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de
24.02.2016 ■

Sächsischer Flüchtlingsrat zu „Clausnitz und Bautzen"

Die Ereignisse der letzten Tage lassen einen nach Worten ringen. Mit den rassistischen und fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Clausnitz und den grölenden Rassist*innen in Bautzen ist ein neues Maß an Ekelhaftigkeit erreicht, welches nicht länger klein geredet werden kann.

Der tobende Mob vor einer Asylunterkunft in Clausnitz ist das Ergebnis naiver und orientierungsloser Landespolitik der letzten 25 Jahre in Sachsen. Das Anschmiegen an rechtspopulistische Inhalte von AfD und CSU haben die Legitimationsgrundlage für derlei verachtende Aktionen geschaffen. Viel zu lang konnten sich Rassist*innen unbehelligt in Sachsen formieren und strukturieren, während anti-rassistische Proteste kriminalisiert und unter Generalverdacht gestellt wurden, womit es kaum möglich geworden ist, dass sich eine starke und engagierte Zivilgesellschaft bilden konnte.

Wenn nun der Leiter der Polizeidirektion Chemnitz, Uwe Reißmann, Geflüchteten und Asylsuchenden eine Mitschuld an den Protesten in Clausnitz gibt, zeigt sich einmal mehr, der „Fisch stinkt vom Kopf her". Es grenzt schon an Realsatire, dass

Menschen die vor Gewalt und Elend fliehen Provokation vorgeworfen wird, wenn sie sich mit erhobenem Mittelfinger gegen den rassistischen Mob wehren wollen. Geflüchtete und Asylsuchende sind in erster Linie Menschen, die selbst handeln und denken können und sich ihr Selbstwertgefühl nicht von diesen hasserfüllten und stumpfen Personen nehmen lassen wollen.

Die Gründe für die Ereignisse vom 19.02.2016 liegen einzig und allein bei Politik und Polizei. Zu lange, wurden die fremdenfeindlichen und neonazistischen Kundgebungen von Pegida und Co. toleriert. Montag für Montag wurde den menschenverachtenden Parolen eine breite Öffentlichkeit gegeben, doch Gegenproteste wurden in ihrem Versammlungsrecht beschnitten und kriminalisiert. Zu lange haben die politischen Verantwortlichen versucht, ihre sinnentleerte Politik an Asylsuchenden auszurichten und somit Vorurteile und Hass gegenüber Geflüchteten zu schüren, anstatt entschlossen gegen populistische Hetze vorzugehen und sich solidarisch mit geflüchteten Menschen und antirassistischen Protesten zu zeigen.

Es wird sich in diesem Land nichts ändern, wenn Ministerpräsident Tillich und sein Innenminister Ulbig nicht die Konsequenzen aus dem letzten Wochenende ziehen. Es wird mit brennenden Asylunterkünften und Angriffen auf Geflüchtete noch sehr lange weitergehen, wenn die Staatsregierung sich nicht endlich Fehler eingesteht und ein Umdenken im Umgang mit Pegida, AfD und Co. auf der einen Seite und geflüchteten und asylsuchenden Menschen, sowie engagierten, antifaschistischen und antirassistischen Personen auf der anderen Seite einsetzt.

Ali Moradi, Geschäftsführer
Quelle: Presseerklärung Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. 22.02.2016 ■

Löbau: Brandanschlag auf Flüchtlingsheim

Löbau. Nach einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim im ostsächsischen Löbau (Landkreis Görlitz) sitzen ein 16-Jähriger und ein 26-Jähriger in Haft. Wegen des Verdachts der versuchten schweren Brandstiftung und Verstoßes gegen das Waffengesetz habe ein Richter am Freitagnachmittag Untersuchungshaft angeordnet, teilte die Polizei mit. Die Ermittler gehen von einem fremdenfeindlichen Hintergrund aus. Das für Extremismus zuständige Operative Abwehrzentrum übernahm die Ermittlungen.

Die beiden Männer waren am Donnerstagabend festgenommen worden. Kurz zuvor sollen sie zwei Molotowcocktails gegen die Außenwand der Unterkunft geworfen haben. Während der eine Brandsatz rasch von einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes gelöscht werden konnte, ging der andere von allein aus. Es sei nur dem Zufall zu verdanken, dass niemand verletzt worden und der Sachschaden gering sei, hieß es bei Polizei und Staatsanwaltschaft. Den Angaben zufolge legte der 16-Jährige vor dem Haftrichter ein Geständnis ab. Weitere Einzelheiten nannte die Polizei nicht. Die beiden Beschuldigten waren den Angaben zufolge schon vor der Tat auf dem Marktplatz von Löbau mit Asylbewerbern in Streit geraten. Eine Polizeistreife hatte deshalb bereits ihre Personalien aufgenommen. Worum es bei dem Streit ging, blieb zunächst unklar. Die beiden Männer standen laut Polizei unter Alkoholeinfluss.

Quelle: http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/Polizeiticker-Mitteldeutschland 20.02.2016 ■

Asylpaket II: Bundestag beschließt Verschärfungen im Hauruck-Verfahren

Die Bundesregierung hatte es mit dem Asylpaket II eilig: Nach der ersten Lesung vor einer Woche wurde das Gesetz schon am heutigen Donnerstag im Bundestag beschlossen – trotz scharfer Kritik von Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und Wohlfahrts- und Fachverbänden. Inzwischen ist auch der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Christoph Strasser, zurückgetreten – aus Protest gegen das Asylpaket II.

Das Gesetzespaket enthält keine einzige Maßnahme, um den Schutz von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisenregionen zu verbessern. Stattdessen legt der Gesetzgeber mit zahlreichen Verschärfungen Hand an das Asylrecht. Die Eilverfahren in den besonderen Aufnahmezentren werden faire Asylverfahren und die Korrektur von Fehlentscheidungen durch die Arbeit von Rechtsanwälten und Gerichten beschränken. Die neuen gesetzlichen Grundlagen trennen Familien auf Jahre. Abschiebungen von Flüchtlingen in ihre Herkunftsstaaten sollen trotz schwerer Traumata möglich sein.

Beschleunigt ist nicht gleich fair und gründlich

In die neu geschaffenen „besonderen Aufnahmezentren“ (BAE) sollen Asylsuchende aus „sicheren Herkunftsstaaten“, FolgeantragstellerInnen und Asylsuchende ohne Identitätsdokumente verbracht werden, bei denen die Behörden eine Vernichtung der Dokumente vermuten. Gerade die zuletzt genannte Personengruppe kann in der Praxis uferlos ausgeweitet werden, denn schon jetzt unterstellen viele Ausländerbehörden Schutzsuchenden eine vorsätzliche Vernichtung der Papiere. In den Zentren sollen beschleunigte Verfahren stattfinden. Es ist zu befürchten, dass Schutzsuchende eiligst durch die Verfahren geschleust werden und gerade auch bei Flüchtlingen ohne Pässe keine genaue Prüfung ihrer Fluchtgründe stattfinden wird. Dabei sagt das Vorhandensein von Pässen nichts über die Schutzbedürftigkeit einer Person aus.

Familientrennung auf Jahre

Besonders hart trifft das Asylpaket II subsidiär Geschützte. Ihr Anspruch auf Familiennachzug wird für zwei Jahre ausgesetzt. Damit werden nur noch mehr Familien und Kinder auf die gefährlichen Fluchtrouten gezwungen. Laut UNHCR machen Frauen und Kinder inzwischen mehr als die Hälfte aller Ankommenden auf den griechischen Inseln aus. Die Überfahrt ist lebensgefährlich: Seit Anfang 2016 sind bereits über 400 Menschen, darunter auch viele Kinder, im Mittelmeer gestorben. Die Verschärfung des Familiennachzugs wird noch mehr Familien dazu zwingen, die gefährlichen Fluchtwege zu gehen.

Abschiebungen von Kranken

Gleichsam gefährlich sind die neuen Abschiebungsregeln, die das Asylpaket II vorsieht. Nur noch lebensbedrohliche Erkrankungen sollen ein Abschiebehindernis darstellen, die Bundesregierung verweist Betroffene auf sog. „inländische Gesundheitsalternativen“, die in den Herkunftsländern bestehen würden. Mit der Realität hat dies nichts zu tun. In vielen Staaten ist es nicht einfach so möglich, von einem Gebiet in das nächste zu gelangen und dort medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen. Gerade im durch Gewalt erschütterten Afghanistan sind viele Wege unpassierbar. Dass die Bundesregierung zugleich psychologische Gutachten nicht mehr anerkennen will und Posttraumatische Belastungsstörungen nicht als schwere Erkrankung ansieht, zeigt die Härte des Vorgehens.

Ausführliche Stellungnahme von Pro Asyl zum „Asylpaket II“: http://www.proasyl.de/de/

Pro Asyl 25.2.2016 ■

Asylpaket II: Annahme verweigert!

Die AnwältInnen, Mitglieder des Arbeitskreises Aufenthalts- und Asylrecht in Hamburg der RAV e.V., rufen AnwältInnen, MedizinerInnen, PsychotherapeutInnen LehrerInnen Norddeutschlands auf zu einer Kundgebung auf dem Rathausmarkt Hamburg, um dort die Annahme des sogenannten „Asylpakets“ zu verweigern.

Faire Asylverfahren statt Ausverkauf rechtsstaatlicher Prinzipien

Im Rahmen einer bundesweiten Aktion werden Vertreter der angesprochenen Berufsgruppen erwartet, um ihr Entsetzen und ihre Verweigerung zum Ausdruck zu bringen, das euphemistisch bezeichnete „Asylpaket“ stillschweigend entgegenzu-

Fortsetzung Seite 14

Aufruf

Geflüchtete: Herausforderungen anpacken – Chancen nutzen

- Deutschland ist reich. Europa ist reich. Wir brauchen keine Angst haben vor den Geflüchteten. Wir sagen den Regierungen: „Geld ist genug da. Mobilisiert es für uns alle!“
- Den rechtskonservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Scharfmachern rufen wir zu: „Wir dulden keine Hetze, Hass und Ausgrenzung.“
- llen rufen wir zu: „Wir halten zusammen: Gemeinsam für ein soziales, solidarisches und faires Deutschland und Europa. Refugees welcome.“

Hunderttausende von Krieg, Elend, Verfolgung und Tod bedrohte Menschen flüchten zu uns. Sie werden von einer großen Mehrheit willkommen geheißen. Sie erleben mit den unzähligen, hochengagierten ehrenamtlichen Helfern und beteiligten Berufsgruppen großartige Solidarität. Sie erleben aber auch hier Ablehnung, Bedrohungen und Angriffe von Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und Neonazis. Viele Bürger gehen diesen Extremisten auf den Leim, wenn sie skandieren „Das Boot ist voll“. Sie gehen Demagogen auf den Leim, die sagen, es ist zu viel, Grenzen müssen geschlossen, Familiennachzug muss unterbunden werden. So schüren Demagogen Angst vor Geflüchteten, bauen Hass auf und spalten die Gesellschaft.

Geflüchtete sind keine Bedrohung Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, unseres Grundgesetzes, der europäischen Grundrechtecharta und des Völkerrechts, verzweifelten Menschen und Familien in großer Not zu helfen. Die Geflüchteten mussten ihre Heimat wegen bitterer Armut, Verfolgung oder Krieg verlassen. Helfen wir ihnen, ein neues Leben zu beginnen, ein Leben in Sicherheit und mit Perspektive. Dies wird uns auch menschlich, sozial, kulturell und wirtschaftlich reicher machen. Wir sind eine Welt! Ja, das ist eine gewaltige Aufgabe und das kostet Geld. Viele Politiker sagen aber, wir hätten nicht genug Geld, die Schulden seien zu hoch, wir müssten sparen. Da kommt schnell der Ruf „Grenzen dicht machen“. Das aber ist falsch.

... Geld ist genug da Die öffentlichen Haushalte haben einen Schuldenberg von 2200 Milliarden Euro. Der Reichtumsberg dagegen ist mit ca. 10000 Milliarden Euro beinahe fünfmal größer als der Schuldenberg. Unser Land ist reich! Und unser Land ist gespalten. Denn immer mehr Bürgern geht es trotz positiver Wirtschaftsentwicklung nicht gut. Der Reichtumsberg ist nämlich extrem ungleich verteilt. Nur 10 Prozent der Bevölkerung ist im Besitz von 66 Prozent des Reichtumsberges. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat so gut wie gar kein Vermögen. Während viele Menschen mit harter Arbeit gerade ihren bescheidenen Wohlstand sichern, viele Menschen trotz harter Arbeit am unteren Limit leben oder arbeitslos sind, mehren die oberen 3 Prozent der Bevölkerung ihren Reichtum regelmäßig. Da ist das Geld für die Finanzierung der gewaltigen Aufgabe! Ein Teil dieses Reichtums kann und muss genutzt werden, um

- die Kosten für die Unterbringung und Integration der Geflüchteten sicher zu stellen,
- mehr Personal für den erhöhten Arbeitsaufwand in den Verwaltungen einzustellen,
- zugleich von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffene stärker zu unterstützen,
- bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen,
- Arbeitsplätze für alle zu schaffen,
- ausreichende Kita-Plätze für alle zu sichern,
- Kita und Schulen mit zusätzlichen Erzieher*innen und Lehrer*innen auszustatten
- das Gesundheitssystem einschl. Altenpflege auszubauen,
- Straßen, Schienen, Brücken zu sanieren

Wie geht das ? Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde 20 Mrd. Euro, eine gerechteErbschafts- steuer 6 Mrd Euro und eine angemessene Steuer auf Unternehmensgewinne (25% statt 15%) immerhin 16,4 Mrd Euro in die öffentlichen Kassen spülen. Das sind mehr als 42 Milliarden Euro jährlich. Ein europaweites Stopfen der Steueroasen für Steuerbetrug und -hinterziehung durch Konzerne und Reiche würde lt. EU- Parlament weitere 190 Mrd Euro (davon 40 Mrd. für Deutschland) bringen. All dies macht die Reichen nicht arm. So können die vielen Geflüchteten menschenwürdig versorgt und integriert werden und zusätzlich die sozialen und ökonomischen Probleme wie zu wenig bezahlbarer Wohnraum, zu wenig Arbeitsplätze, zu wenig Kita-Plätze, zuviel Verfall öffentlicher Infrastruktur abgestellt werden.

Europa in die Verantwortung nehmen, Fluchtursachen bekämpfen Gleichzeitig ist Europa als solidarische Gemeinschaft gefordert. Alle EU-Länder müssen einen Beitrag zur Unterstützung der Geflüchteten leisten. Darüber hinaus müssen die Ursachen der Fluchtbewegungen abgestellt werden, denn Geflüchtete kommen nicht grundlos. Dazu gehört z.B. der Waffenhandel. Wir fordern: Stoppt die Waffenlieferungen in Krisengebiete. Und die Fluchtursachen müssen in den Krisenländern bekämpft werden. Die Länder in Asien und Afrika brauchen endlich eine faire, soldarische und die Eigenentwicklung fördernde Handels- und Entwicklungspolitik der EU und weltweit, damit nicht weiter Millionen kleinbäuerlicher Existenzen zerstört werden.

Erstunterzeichner: Gewerkschaft ver.di – Bezirk Düsseldorf; Flüchtlingsinitiative STAY!; Düsseldorf attac Düsseldorf; Altstadt-Armenküche; DGB-Region-Düsseldorf-BergischLand; DGB-Kreisverband Mettmann; GEW-Düsseldorf; NGG Region Düsseldorf Wuppertal; EVG Ortsverband Düsseldorf; IG Metall Düsseldorf-Neuss; IG Bau Bezirksverband Düsseldorf; IG BCE Bezirk Düsseldorf; GdP Kreisgruppe Düsseldorf; Die Linke Düsseldorf; NaturFreunde Düsseldorf; SoVD NRW; Straßenmagazin fiftyfifty; Volkssolidarität OG Ratingen; Mosaik e.V.; ZAKK e.V.; Heinrich Heine Salon e.V.
Weitere Unterzeichner: Organsiationen: ver.di-Bezirk Bochum ver.di Bezirk Rhein-Wupper SJD – Die Falken, KV Düsseldorf Rechtsanwaltsbüro Bell & Windirsch, Düsseldorf Bündnis UmFairteilen, Dortmund ver.di-Bezirk Siegen-Olpe NaturFreunde Herford Betriebsgruppe DTTS AcDnMgbh, ver.di-Bezirk Linker Niederrhein ver.di-Bezirk Köln
Personen: Stephanie Peifer, ver.di-Bezirksgeschäftsführerin Düsseldorf Stefan Wittstock, Vorsitzender ver.di-Bezirksvorstand Düsseldorf Uwe Foullong, stellv. ver.di-Bezirksgeschäftsführer Düsseldorf Klaus Schwieca, ver.di-Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf Heinrich Birner, München Falk Mikosch, Landessprecher VVN-BdA NRW Dr. Axel Troost, Mitglied des Bundestages Prof. Mechthild Schrooten, Universität Bremen Stefan Bell Regine Windirsch Siggy Britschgi Steffi Dach Wiebke Haferkamp Christa Albers Ingo Schade Willi Oberländer, Leverkusen Sascha Samadi, Ratingen Wiebke Samadi Helmut Born, Düsseldorf Martin Hinzpeter, Düsseldorf Miriam Wolf, Gewerkschaftssekretärin, Herford Sibel Tekin, Gewerkschaftssekretärin, Düsseldorf Sina Alya Wunderlich, Gewerkschaftssekretärin, Köln Sandra Langenbach, Ilona Windheuser, Oberhausen Elke Wackernagel, Düsseldorf Beate Ebbing, Essen
Weitere Unterstützer –Organisationen und Personen – können sich unter der Email bz.duess@verdi.de melden: „Ich unterstütze den Aufruf Geflüchtete: Herausforderungen anpacken – Chancen nutzen“

nehmen. Deutschlandweit werden zur gleichen Zeit weitere Proteste der genannten Berufsgruppen stattfinden.

Am Freitag, den 19.02.2016 wird der Bundestag mit der ersten Lesung zur Verabschiedung weiterer ungerechtfertigter und sachfremd begründeter Gesetze beginnen. In den zum Teil verfassungswidrigen Gesetzesvorhaben werden international gesicherter Rechte von akut Geflüchteten und deren Familienangehörigen beschnitten. Auch seit Jahrzehnten in Deutschland aufhältige Menschen sind betroffen.

Rechtsstaatliche Mindeststandards werden über Bord geworfen. Der Zugang zu Rechtsschutz soll abgeschnitten bis verweigert werden. Es wird dadurch eine Handlungsfähigkeit vorgetäuscht, die durch die geplanten Gesetze eher vereitelt als ermöglicht wird. Europarechtliche Normen und internationale Abkommen werden ignoriert.

Das Wohl der Geflüchteten hat die Regierung dabei nicht im Auge. Das Ziel des Gesetzes ist eine beschleunigte Abschiebung von Geflüchteten, denen der Weg zu einem fairen Verfahren im Einzelfall und einem angemessenem Rechtsschutz abgeschnitten werden soll. Dabei sieht das Gesetz auch die Abschiebung lebensbedrohlich Erkrankter vor. Internationale und europarechtlich gesicherte medizinische wie juristische Standards werden missachtet.

Eine Gruppe von 218 bundesweit tätiger Anwält*innen hatte bereits im Dezember 2015 einen Brief an den Bundesjustizminister mit der fachlichen Kritik an dem Asylpaket übersandt. Dieser ist unbeantwortet geblieben.

Das Gesetz stellt einen Angriff auf den Rechtsstaat dar. Es betrifft nicht nur die Geflüchteten. Es geht alle etwas an.

Es wird bundesweite Protestaktionen von AnwältInnen, ÄrztInnen und PsychotherapeutInnen geben

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de 18.02.2016 ■

Rot-Grün stellt sich nicht gegen Asylpaket II

Die niedersächsische Landesregierung will sich nach Informationen aus Regierungskreisen im Bundesrat nicht gegen das umstrittene Asylpaket II stellen. Dieses ist so formuliert, dass die Länder es im Bundesrat nur aufhalten können, indem sie mehrheitlich für eine Anrufung des Vermittlungsausschusses stimmen. Doch das will Niedersachsen aller Voraussicht nach nicht tun, auch wenn Grüne und auch Teile der SPD große Bauchschmerzen mit den neuen Regelungen haben.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen, der das Asylpaket II scharf kritisiert hatte, zeigte sich enttäuscht.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 22.02.2016 ■

Grund- und Menschenrechte nicht preisgeben

Positionspapier des Flüchtlingsrat Baden-Württemberg zur Landtagswahl am 13. März 2016

Die Entwicklung der letzten Monate hat in Deutschland zu einer Senkung humanitärer Standards und einem Rückfall in längst überwunden geglaubte Abschreckungsmechanismen geführt. Internationale Verpflichtungen, Menschenrechtsstandards und verfassungsrechtlich verankerte Grundrechte werden preisgegeben, so die Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, Angelika von Loeper, anlässlich der Vorstellung eines Positionspapieres des Rats zur Landtagswahl in Baden-Württemberg. Dies ist eine Dynamik, die es aufzuhalten gilt, so die Vorsitzende des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg, wollen wir die nach leidvoller Erfahrung entstandenen Grundwerte nicht rückwärtsgewandter nationalchauvinistischer Politik überlassen.

Angesichts großer Herausforderungen, aber auch enormer Chancen in unserer Gesellschaft fordert der Flüchtlingsrat die Landes- und Bundespolitik zu verantwortlichem und umgehendem Handeln auf anstatt verbal aufzurüsten und durch immer neue Gesetze und Verordnungen Aktionismus vorzutäuschen.

Die derzeitige Landesregierung hat in der Flüchtlingspolitik und der Flüchtlingsaufnahme in ihrem Koalitionsvertrag eine Umkehr von einer Politik der Abschreckung hin zum Vorrang der Humanität versprochen. Vieles ist in dieser Zeit auf den Weg gebracht worden, wie etwa das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz, das die Flüchtlingsaufnahme unter dem Gesichtspunkt der Integration und Teilhabe von Anfang an durchdekliniert.

Allerdings hat die Landesregierung unter dem Eindruck einer steigenden Zahl von Asylsuchenden restriktive Maßnahmen, wie die Einführung weiterer Länder als „sichere Herkunftsstaaten“ im Bundesrat beschlossen, kritisiert die Vorsitzende des Flüchtlingsrates Angelika von Loeper. „Die verhandelte Besserstellung von Menschen im Asylverfahren und Menschen mit Duldung wird bereits jetzt wieder preisgegeben“, bilanziert von Loeper. Die Aufteilung von Flüchtlingen mit und ohne Bleibeperspektive wird weiter zementiert.

Dennoch: Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg würdigt die Anstrengungen des Landes bei der Aufnahme von Flüchtlingen, fordert aber eine Politik der Nachhaltigkeit statt bloßer Krisenbewältigung.

Zentrale Forderungen des Flüchtlingsrat Baden-Württemberg zur Landtagswahl sind gleiches Recht auf ein faires Asylverfahren für alle Flüchtlinge sowie menschenwürdige Standards bei der Flüchtlingsaufnahme. Flüchtlinge müssen unabhängig vom Herkunftsland und der Einschätzung der Bleibeperspektive uneingeschränkten Zugang zu Bildung und Arbeit haben.

Abschiebungen in Kälte und Elend verbietet ein Mindestmaß an Humanität. Diskriminierung und Stigmatisierung von besonderen Gruppen von Asylsuchenden im Asylverfahren sowie in der öffentlichen Kommunikation darf es nicht geben.

Neben der Teilhabe von Flüchtlingen verlangt der Flüchtlingsrat die Förderung ehrenamtlichen Engagements auf Augenhöhe.

Quelle: Pressemitteilung http://fluechtlingsrat-bw.de 23.02.2016 ■

Flüchtlingspolitik in Niedersachsen

Unter der Überschrift: „Was zu tun bleibt“, hatten wir im Februar 2015 eine Zwischenbilanz zur Flüchtlingspolitik in Niedersachsen gezogen. Zu diesem Zeitpunkt zeigten wir uns zufrieden mit den bisherigen Ergebnissen des von der neuen Landesregierung eingeleiteten „Paradigmenwechsels in der Flüchtlingspolitik“…

In den letzten Monaten geriet das Land jedoch immer stärker in den Sog einer Bundespolitik, die unter dem Druck vor allem der CSU zunehmend auf Repression und Ausgrenzung setzt in der Hoffnung, auf diese Weise die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren. Errungenschaften wie eine frühzeitige Verteilung auf die Kommunen, die Umsetzung eines Aufnahmeprogramms für syrische Flüchtlinge oder die regelmäßige Ankündigung von Abschiebungsterminen wurden wieder zurückgenommen.

Nach wie vor ist die Situation in Niedersachsen in vieler Hinsicht besser als in anderen Bundesländern: Sprachlich und politisch hält die Landesregierung an der Zielsetzung einer „Willkommenskultur“ fest und bemüht sich an vielen Stellen um eine Verbesserung der Teilhabe und Integration von Flüchtlingen – etwa im Bereich der Arbeitsmarktintegration oder im Rahmen einer Bereitstellung weiterer Beratungsangebote. Es gibt bislang keine „Ausreisezentren“ und keine Rückkehr zum Gutscheinsystem und anderen Schikanen.

Unverkennbar ist aber auch, dass der Wind sich bezüglich zahlreicher Sachverhalte gedreht hat: Niemand spricht mehr von „Paradigmenwechsel“, und im Vollzug von Abschiebungen sind Ähnlichkeiten mit früheren – überwunden geglaubten – Praktiken einer „Abschiebung im Morgengrauen“ offensichtlich. Wir stehen an einem Scheideweg: Wie weit bleibt sich das Land den selbstgesetzten Zielen einer von Offenheit und Humanität geprägten Flüchtlingspolitik treu? Welche Bedeutung haben die Menschenrechte, wenn sie von Flüchtlingen in großer Zahl in Anspruch genommen werden? Die nächsten Monate werden es erweisen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 17.02.2016 ■

Solidarität statt Rechtsruck – Zusammenhalten gegen Rassismus und Ausgrenzung

Das Land ist gespalten wie nie – die einen wollen Flüchtlingen menschlich begegnen, die anderen verhelfen Rechtspopulisten und extrem rechten Bewegungen zu Oberwasser. Zwar ist das NPD-Verbotsverfahren endlich auf dem Weg, in NRW konnte die Partei „Die Rechte“ aber nicht verboten werden. Die AfD kaschiert mühsam rassistische Positionen und versucht salonfähig zu werden. Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsheime in NRW hat sich innerhalb eines Jahres verachtfacht. In vielen Städten gehen Woche für Woche „besorgte Bürger“ auf die Straßen und lassen ihrem Frust auf unsägliche Art freien Lauf. Zugleich mordet der selbsternannte Islamische Staat im Nahen Osten und mitten in Europa, reißen die Anschlagswarnungen nicht ab.

Der DGB NRW und das DGB-Bildungswerk NRW organisieren zum fünften Mal ein Forum für die Aktiven im Land, die sich gegen Rassismus und Ausgrenzung engagieren. Den einführenden Vortrag „Gespaltene Republik“ wird Richard Gebhardt (Politologe und Publizist aus Aachen) übernehmen. Anschließend sind vier Workshops zu verschiedenen Themen geplant: zum Menschenbild der extremen Rechten und zum Rassismus der Mitte, zu rechtspopulistischen Strömungen, zum Islamismus, zu Sexismus und Frauenbildern und zum Rechtsterrorismus.

Programm

09:00 Uhr Einlass

10:00 Uhr Begrüßung und Einführung

• Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender DGB NRW

10:15 Uhr Die Lage in Nordrhein-Westfalen – Von bekennenden Wutbürgern zu brennenden Flüchtlingsheimen

• Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales des Landes NRW (angefragt)

10:45 Uhr Gespaltene Republik – Kippt das Land nach rechts?

• Richard Gebhardt, Publizist

11:45 Uhr Foren

Forum 1: Von Rechts zur Mitte – Wie anschlussfähig ist das Menschenbild der Rechten?

• mit Anne Broden (Leiterin des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismus in Nordrhein-Westfalen – IDA NRW

Forum 2: Auf der Straße und demnächst im Parlament: AfD, Pegida und Hogesa – Rechtspopulisten entlarven!

• mit Alexander Häusler (Sozialwissenschaftler, Hochschule Düsseldorf) und Mark Haarfeldt (Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“)

Forum 3: Islamismus, Salafismus, islamistischer Terrorismus – Was tun gegen fundamentalistische Strömungen und islamistische Gewalt?•

mit Dr. Matthias Küntzel (Politikwissenschaftler und Publizist)

Forum 4: Sexismus, sexistische Übergriffe, Frauenbilder in der heterogenen Gesellschaft – Wie weiter nach Köln?

• mit Dr. Necla Kelek (Sozialwissenschaftlerin und Publizistin)

Forum 5: Nach dem NSU – Entsteht ein neuer Rechtsterrorismus?

• mit Andrea Röpke (Journalistin und Autorin)

13:45 Uhr Mittagessen und Get together

Moderation: Stephanie Schmidt (ZDF)

Seminarnummer:
E4-167532-116
Termin:
23.4.2016
Ort:
Bochum – Bahnhof Langendreer e.V.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Deutsche Identität – was ist das?“

Während sich in der Bundesrepublik das gesellschaftliche Klima in rasender Geschwindigkeit nach rechts entwickelt, Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte praktisch täglich stattfinden und an vielen Orten vor allem (aber nicht nur) Sachsens der rassistische Mob „Fremde“ bedroht, ist der Titelbeitrag der Februarausgabe von ZUERST! scheinbar einem ganz anderen Thema gewidmet: „Die Angst vor dem Volk – Warum man sich in Berlin vor Volksabstimmungen fürchtet“. Doch der Schein trügt: Zwar geht es vordergründig um die Forderung nach mehr direkter Demokratie und Plebisziten nach Schweizer Vorbild – doch Vorbild ist der südwestliche Nachbar Deutschlands auch in der rigiden Behandlung von Flüchtlingen bzw. der Abschottung des Landes vor ihnen, Vorbild in Sachen Wohlstandschauvinismus allemal. Geschrieben wird Volksabstimmung, gemeint ist „Ausländer raus!“.

Um die Forderung nach einem Migrationsstopp zu untermauern, ziehen die Autoren des „deutschen Nachrichtenmagazins“ alle Register. Das beginnt bereits im Editorial von Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER, der sich, unter Bezug auf die sexistischen und kriminellen Übergriffe in der Silvesternacht vor dem Kölner Hauptbahnhof, Gedanken über „Ausländerkriminalität“ macht. Doch sind kriminelle Delikte von Migranten für ihn lediglich Aufhänger, für ganz andere Themen: „Der Migrant ist ein unschuldiges Wesen. Wenn er Böses tut, dann nur, weil man ihn mißbraucht, manipuliert und steuert“ höhnt Ochsenreiter. Weiter geht es auf der Klaviatur der Vorurteile: „Beim Thema Ausländerkriminalität wird dieses Problem besonders sichtbar: Opfer von Straftaten scheuen sich davor, Anzeige zu erstatten. Polizisten zeigen besondere Nachsicht, Migranten-Banden machen sich über die Justiz lustig und dürfen nicht selten einen ‚Kulturbonus‘ vor Gericht erwarten. Dieses Aushalten, Tolerieren, Verschweigen und Wegschauen wird einem in Deutschland von Kindesbeinen an eintrainiert“. Und während die ZUERST!-Leser(innen) noch wohlig schaudernd in ihren Lesesesseln sitzen geht die Fahrt auf der journalistischen Migrationsgeisterbahn weiter:z: „Dennoch könnte Köln einen Dammbruch bedeuten – zunächst für die Erkenntnis, daß der Staat es nicht mehr vermag, die Einheimischen vor fremden, aggressiven und oft bewaffneten Gelegenheits-Terroristen zu schützen. Eine logische Folge daraus ist die private Organisation des Selbstschutzes. Will Berlin einer solchen Entwicklung entgegentreten, bleibt der Regierung keine andere Wahl, als in die innere Sicherheit zu investieren – statt in ‚Aufnahmezentren‘ für Migranten“ schreibt BERNHARD RADTKE. Anders ausgedrückt: Steckt das Geld in die Polizei statt es für Flüchtlinge auszugeben, sonst greifen wir zur rassistischen Selbstjustiz. Natürlich darf auch das Schüren von Sozialneid innerhalb der Gruppe der Ärmsten nicht fehlen, VOLKER HARTMANN zeigt, wie das funktioniert: „Wie soll man arme Berliner darauf vorbereiten, daß sie sich künftig an den ‚Tafeln‘ mit Tausenden (*so im Original – tri*) jungen, kräftigen, arbeitsfähigen Männern um gespendete Lebensmittel raufen müssen? Wie soll man den Hauptstädtern klarmachen, daß die überschuldete Metropole 600 Millionen Euro im Jahr für Unterbringung, Versorgung, Kurse usw. aufwenden wird, die Menschen zugute kommen, die von Rechts wegen nicht hierhergehören? Wie soll man einer vierköpfigen Familie, die auf Hartz IV angewiesen ist, verdeutlichen, daß Asylbewerber und Hartz-IV-Bezieher vor dem Gesetz beinahe gleichgestellt sind? Die deutsche Familie hat Anspruch auf monatlich 1256 Euro plus Miete und Heizung. Eine Asylbewerberfamilie, die nicht mehr in einem Übergangsheim lebt, erhält 1144 Euro – ebenfalls plus Miete und Heizung, obwohl sie noch keinen Cent in die Sozialkassen eingezahlt hat“. Über das Hartz-IV-Unrecht und die Reichtumsverteilung in Deutschland, über gleiche Interessen von Armen egal welcher Herkunft schreibt Hartmann selbstverständlich nichts – schließlich soll in dieser Beziehung nach Ansicht der Rechten alles bleiben wie es ist. Die Grundlage der gesamten Argumentationen ist die völkische Weltanschauung, die unverzichtbarer Bestandteil rechter Ideologie war, ist und immer sein wird: „Für diese Kanzlerin ist Zugehörigkeit kein Faktor. Sie ist nur ein Schupo, der den Verkehr regelt. Fremden Verkehr…. Mit dieser Gleichmacherei verriet Merkel, daß ihr offenbar eine Million Einwanderer genauso am Herzen liegen, wie 17 Millionen Mitteldeutsche…. Was das für ein hochentwickletes Kulturvolk in der Mitte Europas bedeutet, blendet sie aus“ schreibt FRANK SCHÖNERT, Angehöriger eines „hochentwickelten Kulturvolks“. Und VOLKER HARTMANN sekundiert seinem Kollegen: „Die kalte Kanzlerin gibt plötzlich die w(b)armherzige Samariterin, die kulturfremde, ungebildete Massen geradezu skrupellos ins Land lockt, ohne an die Folgen zu denken“. Den Preis für miesesten sexualisierten Rassismus erhält allerdings MANFRED KLEINE-HARTLAGE, den man bei aller Zurückhaltung und Höflichkeit mit Fug und Recht nicht anders als journlistische Dreckschleuder charakterisieren kann: „Das Eindringen dieser Massen von jungen Männern in unser Land ist, von Einzelfällen abgesehen, alles andere als eine ‚Flucht‘. Es ist eine organisierte Invasion. Die Frauen des Volkes zu vergewaltigen, das man zu verdrängen sucht, ist eine archaische Form ethnischer Kriegsführung, und gerade im Islam ist die Erbeutung von Frauen ‚ungläubiger‘ Völker eine Methode, die vom Religionsstifter selbst praktiziert wurde und von der Scharia gebilligt wird. Traditionell geht es bei dieser Art Kriegsführung darum, die Frauen des Feindvolkes zur Austragung von Kindern der Invasoren zu zwingen und dieses Volk dadurch seiner Reproduktionsgrundlagen zu berauben. Zumindest mittelbar ist dies auch heute noch die Funktion dieser Strategie: Ihr möglicher Erfolg basiert darauf, daß Frauen ein unbewußtes, aber untrügliches Gespür dafür haben, welche Männer sie vor Vergewaltigung schützen können und welche nicht, so daß ihr Selbsterhaltungsinteresse sie auf den mächtigeren Mann verweist. Aus der Sicht der Invasoren ist es vor diesem Hintergrund rational, die Ohnmacht des Rechtsstaates offenzulegen, der stellvertretend für die gewaltentwöhnten einheimischen Männer diese Schutzfunktion ausübt. Als Masse aufzutreten, gegen die der Rechtsstaat machtlos ist, bedeutet, rechtsfreie Räume zu schaffen, zu denen mittelfristig das ganze Land gehören wird, und dadurch die einheimischen – älteren und friedfertigeren, im Kampf daher unterlegenen – Männer zu ebendiesem Kampf zu zwingen“. Die Frage nach der deutschen Identität, gestellt vom bereits zweimal zitierten VOLKER HARTMANN bleibt übrigens im ganzen Heft unbeantwortet – vielleicht, weil sie nicht beantwortbar ist? *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370